

Wöchentlich 76 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbesug 3,97 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbestel-
gebühren. Auslandabonnements 5,65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucksachenporto 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungsweise und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
19. August 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernnr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. O. u. Ost.-Gef., Depofitent., Jerusalemstr. 65-66.

Stahlhelm gegen SA!

Major von Stephani enthüllt hochverräterische Pläne der SA. Was tut der Oberreichsanwalt? — Was tut die Reichsregierung?

Die „Kreuz-Zeitung“, das tägliche Organ des Stahlhelm-Verbands, veröffentlicht eine Zuschrift des Berliner Stahlhelmführers Major a. D. Franz von Stephani, die geeignet ist, in Deutschland wie in der ganzen Welt das ungeheuerste Aufsehen zu erregen.

Der Stahlhelmführer von Stephani behauptet nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß die SA. unter Androhung von Waffengewalt vom Stahlhelm die Herausgabe von Waffen verlangt hat und daß sie sich dabei auf das angebliche Einverständnis der Reichswehr berufen hat.

Der nationalsozialistische „Angriff“ vom 17. August hatte unter der Ueberschrift „Deutschnationale wollen an die Futterkrippe“ einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wurde, „der berüchtigte Herr von Stephani“ habe mit gemeinen Denunziationen gearbeitet und die Behauptung aufgestellt, die SA. habe Waffenlager der Reichswehr bestohlen. Diese Behauptung wird, wie beim „Angriff“ üblich, von einer Flut von Schimpfereien begleitet.

Die Erregung der Nationalsozialisten gegenüber dem Stahlhelm hat sich in der letzten Zeit in der Presse schon wiederholt Luft gemacht, so besonders in einem Artikel des preußischen Fraktionsführers Kube, in dem dieser behauptete, der Frontsoldatentag des Stahlhelms am Anfang des nächsten Monats solle zu einem monarchistischen Putsch mißbraucht werden.

Grund der Erbitterung der Nationalsozialisten gegenüber dem Stahlhelm ist, daß der Stahlhelm sich bei dem inneren Gegensatz zwischen der Papen-Regierung und der nationalsozialistischen Parteiführung auf Seite der Papen-Regierung geschlagen hat. Zwischen den beiden militärähnlichen Rechtsverbänden droht Kriegszustand. Der Stahlhelm steht gegen die SA. in Alarm und entfaltet eine ausgedehnte Kundschaftertätigkeit. Ausdruck dieses Kriegszustandes ist die folgende Erklärung des Stahlhelmführers:

„Tatsache ist, daß ich niemals derartige Behauptungen, wie sie mir in den Mund gelegt werden, SA-Beute hätten Waffenlager der Reichswehr bestohlen, irgendwann und irgendwem gegenüber getan habe. Wahr ist folgender Sachverhalt: Im Laufe der vorigen Woche wurden SA-Gliederungen aus Berlin herausgezogen und nordwärts in Marsch gesetzt. Berliner Stahlhelm-Kameraden, von denen bekannt war, daß sie Kraftwagen besaßen, wurden unter Androhung von Gewalt aufgefordert, ihre Fahrzeuge der SA. zur Verfügung zu stellen. Andere Meldungen aus dem Brandenburgischen besagen,

daß uniformierte und bewaffnete SA-Leute unter Androhung von Waffengewalt bei Stahlhelmführern die Herausgabe von angeblich versteckten Waffen verlangt hätten.

Sowohl ich wie der Landesführer von Brandenburg, Rittmeister a. D. v. Morozowicz, haben daraufhin angeordnet, daß alles Eigentum des Stahlhelms zu bewachen sei und die gewaltsame Fortnahme durch SA-Beute zu verhindern wäre. Von dieser Anordnung haben wir dem preußischen Innenministerium Kenntnis gegeben, weil wir einerseits nicht die Absicht hatten, den Stahlhelm von aufgehehten SA-Beuten terrorisieren zu lassen, andererseits verhindern wollten, daß Stahlhelm-Kameraden in ein aussichtsloses Putschunternehmen hineingezogen werden. Diese Gefahr war um so größer, als von den SA-Beuten behauptet wurde, daß ihre Unternehmung

im Einverständnis mit der Reichswehr

erfolgte, und daß auch seitens der preußischen Polizei keine Gegenwehr zu erwarten sei. Die gegenteiligen Erklärungen des Herrn Reichskommissars für Preußen und des Herrn

Spiel um Preußen.

Einladungen, Vertagungen, Versuchballons, Kombinationen.

Zu den bekannten Meldungen über Verhandlungen zwischen Zentrum und Nazis, wobei das Zentrum einen Naziministerpräsidenten zugestanden, aber Bracht als Innenminister verlangt haben soll, erklärt der Zentrums-Pressechef, das alles sei haltlose Kombination. Tatsache sei allein die Zentrums-Einladung an Nazis und Deutschnationale. Es sei vielleicht möglich, daß Ende der Woche die erste Fühlungsprobe erfolgen könne. Ob sie zu einem Erfolg führen werde oder nicht, hänge bei unveränderter Haltung des Zentrums von dem Verhalten der anderen ab.

Zu einer Meldung des „Deutschen“, Schleicher wolle eine Regierung bilden, die Nationalsozialisten und christliche Gewerkschaften zusammenführe, versichern die „Hamburger Nachrichten“, zu wissen, Schleicher habe keine Absicht, sich mit dem Zentrum einzulassen. Die Nazis hätten Unterhändler in keiner Weise autorisiert.

Ganz anders sieht die Sache wieder im „Angriff“ aus. Dort wird in einer Auseinandersetzung mit Papen bemerkt: Dazu kommt, daß auch die Stütze, die die Reichsregierung bisher in Preußen fand, zu wanken beginnt. Das Zentrum scheint sich nunmehr bereit zu zeigen, den Nationalsozialisten den bisher verweigerten Ministerpräsidentenposten in Preußen zuzubilligen.

Wir lehnen es, wie in solchen Fällen stets, ab, an dieser Stelle zu den Koalitionsmöglichkeiten in Preußen Stellung zu nehmen, um die Politik der Parteileitung nicht zu gefährden. Die

Reichsregierung muß sich aber klar darüber sein, daß sie beim Zustandekommen einer solchen Koalition in Preußen auch im Reichstag sich einer Oppositionsmehrheit gegenüber sehen würde, ebenso wie im Reichstag. Der Versuch eines Staatsstreiches der Reichsregierung, wie er vielleicht im Falle eines Mißtrauensvotums im Reichstag geplant sein mag, würde dadurch ohne weiteres zum Scheitern verurteilt werden.

Wie eine scharfe Ablehnung von Koalitionsverhandlungen sieht das nun gerade nicht aus. Andere Töne wiederum schlägt der nationalsozialistische Preußenführer Kube in einem Artikel an:

„Ich lehne den Reichskommissar Dr. Bracht und seine schwarz-roten Staatssekretäre sachlich und persönlich scharf ab!“, so heißt es dort. Weiter schreibt Kube dann: „Die aus der Schreibstischschublade des sozialdemokratischen Innenministeriums herausgeleitete „Verwaltungsreform“ lehnen wir brüsk ab. Hier hat Dr. Bracht bewiesen, wohin er politisch noch heute gehört: zum Zentrum und nur zum Zentrum. Diese „sachliche Arbeit“ im Zusammenhang mit der geradezu unverständlichen Personalpolitik und den Polizeiangriffen gegen uns Nationalsozialisten zeigt die unbedingte Notwendigkeit, daß auch in Preußen die Zwischenlösung des Reichskommissariats sobald wie möglich, d. h. sofort, zu verschwinden hat und daß allein Adolf Hitler auch in Preußen für Ordnung sorgen kann.“

Der Kuhhandel ist tot! Es lebe der Kuhhandel!

Reichswehrministers beweisen das Gegenteil. Die Behauptungen der SA-Beute legen aber am deutlichsten Zeugnis davon ab, in welcher struppeliger Weise verurteilt worden ist, eine gläubige Gefolgschaft gegen die Maschinengewehre der Polizei oder der Reichswehr anlaufen zu lassen, um sie für die ehrgeizigen Pläne unverantwortlicher Unterführer zu opfern und in den sicheren Tod zu treiben.

Als verantwortliche Stahlhelmführer mußten wir dies nicht nur im Interesse verhehler und belogener gläubiger junger Menschen verhindern, sondern besonders im Interesse der gesamten nationalen Bewegung. Wer hier den Verräter gespielt hat, möge nunmehr jeder Stahlhelm-Kamerad und jeder anständig denkende Mensch selbst entscheiden.

Ich habe nicht die Absicht, mich im lattsam bekannten Tone des „Angriff“ auf eine Pressepolemik einzulassen. Ich habe gegen den „Angriff“ Strafantrag wegen Verleumdung und Beleidigung gestellt und den Rechtsanwalt P. Bloch mit der Wahrnehmung meiner Interessen beauftragt.

Die niederträchtige Art der Aufhebung der Stahlhelm-Gefolgschaft gegen ihre Führer, wie sie hier in vollendeter Weise getrieben wird, verdient jedoch niedriger gehängt zu werden.“

Die Bedeutung dieser Erklärung des Herrn von Stephani kann nicht leicht überschätzt werden. Herr von Stephani ist sicherlich ein vollkommen unverdächtiger Zeuge. Er ist bestimmt kein „Margist“, weder ein „roter“ noch ein „schwarzer“, sondern er ist ein vielfach erprobter Rechtsradikaler, der den Nationalsozialisten gewiß nicht mit parteimäßigen Vorurteilen gegenübersteht. Was dieser Herr von Stephani der SA. vorwirft, ist ganz einfach ein Versuch des Verbrechens des Hochverrats. Außerdem kommen noch verschiedene strafrechtliche Tatbestände wie Mord, unerlaubter Waffenbesitz und andere in Frage.

Wir sind wirklich sehr gespannt, ob sich endlich einmal ein Oberreichsanwalt findet, der für das enge Verhältnis zwischen den Taten der SA. und den

Hochverrats-Paragrafen des Strafgesetzes etwas Verständnis aufbringt. Wir sind nicht weniger gespannt, ob sich ein Senat des Reichsgerichts finden wird, der dieses Verständnis mit ihm teilt. Am meisten aber sind wir darauf gespannt, was die Regierung Papen-Gayl-Schleicher weiter zu tun gedenkt. Sie hat der verboten gemessenen SA. die Organisations- und Uniformfreiheit wiedergegeben. Die SA. hat der Regierung den Dank dafür abgestattet, nicht bloß durch zahllose bestialische Verbrechen in Ostpreußen, Schlesien, Schleswig-Holstein und anderwärts, sondern auch durch einen Versuch, die Regierung, ihre Wohltäterin, mit Gewalt aus dem Amte zu treiben und die bestehende, von den Ministern beschworene Reichsverfassung gewaltsam umzustürzen!

Wie aus unwidersprochenen Pressemeldungen hervorgeht, beabsichtigt die Nationalsozialistische Partei, alle ihre wehrfähigen Mitglieder zum Eintritt in die SA. zu zwingen, die auf diese Weise, wie behauptet wird, auf eine Stärke von einer Million Mann gebracht werden soll. Es ist in aller Deutlichkeit und in aller Form an die Reichsregierung die Frage zu stellen, was sie gegen dieses Unternehmen zu tun gedenkt und ob sie nicht selber glaubt, sie würde sich der Begünstigung des Hochverrats schuldig machen, wenn sie auch nur einen Tag noch diesem Treiben mit den Händen im Schoß zusehen wollte!

Orzesinski erklärt:

Bewaffneter Selbstschutz der Arbeiterinstitute war berechtigt.

Genosse Albert Orzesinski schreibt uns:

Wie mir mitgeteilt wird, bringen einige Rechtsblätter eine W.B.-Meldung, wonach der „Völkische Beobachter“ Behauptungen aufgestellt habe, welche die Genehmigung von Waffenlagern durch das Polizeipräsidium Berlin zur Zeit meiner Amtsführung betreffen.

Diese Genehmigungen, sich Waffen und Munition zu halten zum Schutze der Verwaltungsgebäude der Gewerkschaften und Genossenschaften gegen Überfälle, wie sie leider heute an der Tagesordnung sind, sind von mir im vollen Bewußtsein meiner Verantwortlichkeit für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Berlin während meiner Amtsführung auf Antrag seinerzeit tatächlich erteilt worden. Diese Art Selbstschutz wird man friedlichen, auf dem Boden der Staatsordnung stehenden Organisationen und Führern, die meist schon ein Menschenalter im öffentlichen Leben stehen und allgemein angesehen und geachtet sind, nicht verwehren können. Sie haben einen Anspruch darauf, und dieser Schutz ist im Schutzwaffengesetz auch ausdrücklich vorgesehen. Wenn das Polizeipräsidium Berlin zu der obigen W.B.-Meldung erklärt hat, daß es die seinerzeit erteilten Erlaubnisse inzwischen zurückgezogen habe, so ist das natürlich sein gutes Recht, hängt aber wahrscheinlich mit der Kursänderung zusammen. Der Polizeipräsident übernimmt aber damit eine kaum zu tragende Verantwortung. Denn nach Lage der Verhältnisse in Berlin und bei der Vielfalt der in Frage kommenden — nicht nur Arbeiter- — Institutionen kann die Polizei schon aus rein technischen Gründen den erforderlichen Schutz einfach nicht gewähren. Der Polizeipräsident in Berlin wird auf Vorstellung der in Frage kommenden Organisationsvertreter Beronfassung haben, seine mitgeteilte Stellungnahme zu der Frage einer Nachprüfung zu unterziehen. Dabei wird auch zu überlegen sein, ob die Organisationen der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland nun etwa minderen Rechts geworden sind, und ob ihnen nicht vielmehr das gleiche Recht zugebilligt werden muß, was allen größeren privaten Institutionen, wie Banken usw. in Berlin und anderen Städten zu ihrem eigenen Schutze zugebilligt worden ist und wird.

Das sonst noch im „Völkischen Beobachter“ bzw. in der W.B.-Uebersetzung stehen soll — ich brauche jetzt Gott sei Dank diesen Unsinn nicht mehr zu lesen — ist natürlich dummes Zeug. Anweisungen, wie sie danach Regierungspräsident Goehle mit Bezug auf die Inhaftnahme von Angehörigen der NSDAP. und Nichtinhaftnahme von Angehörigen der SPD. gegeben haben soll, sind selbstverständlich weder von ihm noch von mir jemals ergangen. Wir haben vielmehr auf Vorstellungen von Freunden und Verwandten Inhaftierter — auch von nationalsozialistischen Inhaftierten — oft die schnellste Freilassung verfügt, wenn es sich um Bagatelldelikte bei der Festnahme gehandelt hat und das feststand.

Scholz nicht vollgültig!

Selbst die Nazis rücken von ihm ab.

Die Reichsleitung der NSDAP., Abteilung Rundfunk, übergibt der Öffentlichkeit folgende Erklärung:

„Durch die Inlands- und Auslandspresse wird die Auffassung verbreitet, daß durch die Ernennung des Reichsrundfunkkommissars Dr. Scholz den Nationalsozialisten erstmalig selbständig ein großes Aufgabengebiet anvertraut wurde. Demgegenüber stellt die zuständige Stelle der Reichsleitung der NSDAP. fest, daß die hohe Zugehörigkeit von Persönlichkeiten zur NSDAP. den nationalen Führern gegenüber noch keine Gewähr bietet für die weltanschauliche und politische Willenerichtung, die den deutschen Rundfunk im Dienste des deutschen Volkes für die Zukunft bestimmen muß. Die Leitlinie der Rundfunkreform des Reichsministeriums des Innern stehen im Widerspruch zu den vorliegenden Plänen der NSDAP. über eine nationalsozialistische Rundfunkerneuerung.“

Das sieht zwar stark nach einem Spiel mit verteilten Rollen aus. Aber es ist festzuhalten, daß selbst die NSDAP. wenigstens vor der Öffentlichkeit nicht die Verantwortung für die Taten des Herrn Scholz übernehmen will.

II. Skandal.

Beschimpfung und Verleumdung einer wehrlosen Frau.

Die Telegraphenunion leistet sich in Form eines Breslauer Telegramms folgende Schändlichkeit:

Die „Reichsbanneradele“ vor dem Breslauer Sondergericht.

Wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 hatte sich die Ehefrau eines Reichsbannerfunktionärs, Adele St., zu verantworten. Am Tage nach dem Blutsonntag von Ohlau hatte sich Ede Ohlauer Strafe und Promenade eine Zusammenrottung gebildet, bei der Frau St. aufreizende Reden geführt hatte. Sie hatte unter anderem die Menge aufgefordert, die Nationalsozialisten totzuschlagen, wo man sie treffe. Die Beweisaufnahme ergab die Richtigkeit der Anschuldigung. Der Staatsanwalt beantragte gegen die unter dem Namen „Reichsbanneradele“ bekannte Frau eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis.

Tatbestand ist folgender: Frau St. war, weil sie die drei Pfeile trug, von einem Haufen junger Burschen angepöbelt worden. Unter anderem wurde ihr aus der Menge zugerufen: „Du bist ja doch nur bei der Eisernen Front, um dich . . . zu lassen.“ Dadurch in äußerster Zorn versetzt, gebrauchte Frau St. die Worte, die sie nach dem Spruch eines weisen und gerechten Gerichts mit vier Monaten Gefängnis büßen soll! Die Telegraphenunion aber begnügt sich nicht damit, über den Prozeß einen Bericht zu bringen, der bewußt das Entscheidende verschweigt, sie hält es mit den Pflichten eines angeblich „überparteilichen“ Berichterstatterbüros für vereinbar, die schmutzige Hege gegen eine schamlos beleidigte und ungerecht verurteilte Frau fortzusetzen.

Dieser Prozeß und dieser II.-Bericht sind Dokumente deutscher Nationalkultur von 1932!

Staatsanwalt gegen Lügen „Angriff“.

Berichtigung gefordert.

Hamburg, 18. August. (Eigenbericht.)

Um den schwindelhaften Redungen des „Angriff“ über die Verhaftung des Nazi-Arztes Dr. Förstl in Wesselsburen (Schleswig-Holstein) entgegenzutreten, sah sich die Justizpressestelle des Altonaer Landgerichts, dem die Untersuchung der Bombenattentate in Schleswig-Holstein übertragen ist, veranlaßt, dem Blatt eine Berichtigung zuzustellen.

Darin wird festgestellt, daß die Verhaftung des Nazi-Arztes nicht nur wegen ärztlicher Hilfeleistung erfolgte, die er dem an dem Bombenattentat in Rendsburg beteiligten SA-Mann Rohweder zuteil werden ließ, sondern daß er diesen SA-Mann aus seinem Versteck aus Freiheit abgeholt und nach dem

Der Stammbaum eines Edelings.

Hitler-Apostel ist — Jude!

Neustadt (Holstein), 18. August. (Eigenbericht.)

Der Ostiner Kreisleiter der NSDAP., der bekannte Heber Dr. med. Wolfgang Saalfeld ist ein erledigter Mann. Er stolperte über eine Frage, die für uns völlig bedeutungslos ist, die aber in der nationalsozialistischen Agitation und Propaganda die entscheidende Rolle spielt — über die Judenfrage. Das Amtsgericht Neustadt in Holst. bescheinigte ihm seine jüdische Abstammung.

Im Januar d. J. hatten die Nationalsozialisten in Breitenhagen eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Dr. Saalfeld sprechen sollte. Anlaß dazu hatten angebliche Treibereien des Hauptlehrers Schramm, Führer der dortigen Ortsgruppe des Lannenbergbundes, gegeben, der behauptet hatte, daß Saalfeld ein Judenstammling sei. Es sei doch ein Skandal, daß ein Jude sich in eine angeblich völkische Bewegung einschließen hätte. Saalfeld kniff!

Später aber tauchte in der Versammlung der Rangenwartete auf. Er wußte, daß sein Gegner nicht mehr da war und fing an furchtbar auf den Abwesenden zu schimpfen. Er benutzte vorwiegend „akademische“ Ausdrücke, wie gemeiner Lügner, Bandit, Lump und Strolch.

Saalfeld hat diese Stunde bitter büßen müssen. Schramm ließ sich die Beleidigungen nicht gefallen und verklagte ihn.

Vor dem Amtsgericht Neustadt fand die Beleidigungsklage statt. Als Verhandlungsleiter fungierte Amtsgerichtsrat Gerdorf. Es war eine Verhandlung unter „Ausschluss der Öffentlichkeit“. Sein SA-Mann ließ sich sehen, kein Berichterstatter einer völkischen Zeitung war zugegen. Man verzichtete auf das sonst übliche Theater, weil man die Blamage vorausah.

Die Beweisaufnahme ergab zunächst, daß Dr. Saalfeld!

die beleidigenden Ausdrücke gebraucht hatte. Aber das war gar nicht so wichtig, das spielte eine nur untergeordnete Rolle. Saalfeld wußte, was sein Gegner wollte, aber er mußte, um sich nach außen den Schein eines aufrechten Menschen zu geben, die Widerklage gegen Schramm erheben, weil dieser ihn einen Judenstammling genannt hatte. Der Verteidiger des Privatklägers, Dr. Witrod-Neustadt enthüllte die Abstammung Saalfelds, und zwar so nachdrücklich, daß nicht mehr der geringste Zweifel blieb.

Dr. Saalfeld ist das uneheliche Kind der Cäcilie Saalfeld (ohne t), die nach einer amtlichen Auskunft des Berliner Polizeipräsidenten als Religion die jüdische angegeben hat. Die Großeltern heißen Jhig und Anna Saalfeld geb. Rosenbergs und wohnen an der polnischen Grenze. Jhig stammt ab von Leoin und Rosa Saalfeld. Sämtliche Vorfahren sind Juden!

Und noch eine andere Neuigkeit wurde dem Gericht unterbreitet: In Lübeck sollte eine nationalsozialistische Ketzengruppe gegründet werden. Der Herr Doktor wollte sprechen über „rassisch seelische Auslese“. Die Ketzler lehnten den Judenstammling ab und ein Arzt sagte ihm sogar:

Nehmen Sie das Hakenkreuz ab, Herr Kollege!

Und Saalfeld? Er konnte sich nicht verteidigen und versuchte, zum mindesten sich vor Gericht leidlich aus der Affäre zu ziehen. Sein Verhalten war jämmerlich! Er will seine Mutter kaum gekannt haben, von seinen Vorfahren wisse er überhaupt nichts. Auch sein Verteidiger stand diesen Vorwürfen ratlos gegenüber.

Das Urteil stand fest. Dr. Saalfeld wurde wegen Beleidigung des Privatklägers zu 100 Mark Selbststrafe verurteilt. Die Widerklage wurde abgewiesen. Zwar läge in dem Verhalten des Hauptlehrers Schramm eine üble Nachrede, aber der Nachweis, daß Saalfeld jüdenblütig sei, sei erbracht worden.

Sensationelle Finanzaktion

Der Riesenerfolg der englischen Anleihekonversion

London, 18. August. (Eigenbericht.)

Eine Stimmung des Triumphs erfüllt England: die gewaltigste Operation zur Zinsenkung auf Staatsanleihe in seiner Geschichte, ja in der Weltgeschichte, ist gelungen. Der Erfolg ist größer, als selbst die stärksten Optimisten vorauszusagen wagten. 2087 Millionen Pfund 3prozentiger Kriegsanleihe konnten seit zwei Jahren vom Staat gekündigt werden; kein Schatzkanzler hatte bisher die Möglichkeit gesehen, diesen gewaltigen Betrag durch eine neue Anleihe zu niedrigerem Zinsfuß zu ersetzen.

Die Gefahr, daß mehr Rückzahlungen verlangt würden, als man ohne ernsthafte Erschütterung der Finanzen ausbringen könnte, war zu groß.

Auch als vor einigen Wochen am Ende einer gleichgültigen und monotonen Unterhausdebatte Mr. Chamberlain den sensationellen Konversionsplan ankündigte, mußte sein Unterfingen als ein gewagter Schritt angesehen werden. Damals stand noch kein einziges englisches Staatspapier auf einer 3prozentigen Basis. Aber der Mut hat sich gelohnt: die Besitzer von nicht weniger als 1850 Millionen Pfund haben ihre Bereitschaft zu konvertieren mitgeteilt, und nur auf 48 Millionen wurde Rückzahlung, die am 1. Dezember fällig ist, verlangt. 187 Millionen bleiben noch unentschieden; aber „nichts ist so erfolgreich wie Erfolg“ sagt ein englisches Sprichwort, und man kann damit rechnen, daß der größere Teil der noch unentschiedenen Anleihebesitzer sich noch zur Konversion entschließt, vielleicht werden sogar noch manche von denjenigen, die gekündigt haben, ihren Entschluß rückgängig machen.

Dieser weitere Erfolg hängt davon ab, wie sich die Kurse für englische Staatspapiere in den nächsten Wochen bewegen, besonders, ob eine Börsenhausse in Wallstreet Kapital aus englischen Staatspapieren in amerikanische Anlagen zieht.

In jedem Fall aber ist die Aufgabe des Schatzamtes, die Mittel für die Rückzahlung gekündigter Anleihen zu finden, eine leichte; es wäre möglich, die notwendigen Mittel ausschließlich durch Erhöhung der schwebenden Staatsschuld zu beschaffen.

Der Konversionserfolg bedeutet für den englischen Staatshaus-

halt — unter Berücksichtigung der durch ihn auch eintretenden Senkung des Ertrags der Einkommensteuer — eine jährliche Ersparnis von über 22 Millionen Pfund (im laufenden Finanzjahr allerdings kostet er durch Bonusauszahlung usw. etwa ebensoviel). Das erspart bei einer mit etwa 800 Millionen Pfund balancierenden Bilanz nicht allzuviel, aber es sieht schon besser aus, wenn man es mit den schwierigen Abstrichen von den einzelnen Budgetposten, die im letzten Herbst gemacht wurden, vergleicht. Die Bedeutung der Operation endet jedoch nicht hiermit.

Die Befestigung des gewaltigen Blochs mit dem 3prozentigen Nominalzins macht eine andauernde Besserung des englischen Staatskredits, etwa auf einer 3prozentigen oder niedrigeren Basis, erst möglich.

Eine entscheidende Breche in die schwere Last der englischen, im Kriege angeschwollenen Staatsschuld ist geschlagen worden, deren Bürde nicht, wie in allen anderen Ländern, durch eine mehr oder minder weit getriebene Inflation erleichtert, sondern durch die Rückkehr zur Vorkriegsparität des Pfundes erschwert wurde. Der Schuldbetrag selbst bleibt freilich unverändert, und ob die Zinsenkung genug Erleichterung bringt, um die Belastung der englischen Wirtschaft mit den unproduktiven Zahlungen genügend zu vermindern, bleibt abzuwarten. Aber die Bedeutung der Konversion endet auch nicht mit den Wirkungen auf die Staatskasse.

Der englische Regierungskredit, als der beste Kredit im Lande, dient als Richtschnur für das ganze Kreditssystem.

Wird seine Basis auf einen niedrigeren Satz gesenkt, so können die Zinsfüße der Wirtschaft überall angepaßt werden; Verbilligung des langfristigen Kredits, eine wichtige Voraussetzung der Wirtschaftserholung ist also gegeben.

Solche Ermüdungen mögen im Augenblick, wo so viele außerwirtschaftliche Faktoren das Zinsniveau bestimmen, wo dieses vielfach seine Rolle als Wirtschaftregulator ausgeübt zu haben scheint, abseits erscheinen; aber sie mögen eines Tages wieder eine wichtige Rolle spielen; und gerade die Kriegsanleihekonzersion, die auf der Basis solcher „altmodischen“ Zinsermüdungen und strenger, auf Budgetausgleich gerichteten Finanzpolitik erfolgt ist, spricht für die Lebendigkeit solcher Grundzüge auch noch heutzutage.

80 Kilometer entfernten Wesselsburen gebracht hat, obwohl die Polizei gegen Rohweder einen Haftbefehl erlassen hatte. Der „Angriff“ hatte sich u. a. die Behauptung aus den Fingern gezogen, daß Dr. Förstl sich bei seiner Festnahme gerade am Bett eines Kranken befunden habe und ohne vorherige Anmeldung von zwei Kriminalbeamten, einem Offizier und zwei Mann vom Krankenbett weggerissen und ohne Rücksicht darauf verhaftet wurde, daß der Vorfall für den Kranken gefährlich sein konnte. Tatsächlich ist Förstl morgens in seinem Schlafzimmer beim Ankleiden verhaftet worden.

Gegen den von der Altonaer Polizei vorküßig in Haft genommenen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Mader, der gleichzeitig der Führer der SS-Standardtruppe 4 in Altona ist, hat der Vorsitzende des Sondergerichts in Altona Haftbefehl erlassen.

„Luftmolche und Sadisten.“

SA-Kameraden unter sich.

Am Mittwochabend tagte eine geschlossene Mitgliederversammlung der Nazisektion Marktgras in den Arminialen, Kommandantenstr. 68. Zum Schluß der Versammlung war freie Aussprache.

Es meldeten sich einige Mitglieder zum Wort und fragten, warum im letzten Rundschreiben (Sektionsheft Nr. 1) einzelne Mitglieder als Luftmolche und Sadisten bezeichnet worden seien. Der Versammlungsleiter, 1. Sektionsführer Lint, entzog den Fragestellern jedoch das Wort und erklärte: „Das geht euch gar nichts an.“ Daraus schlug ein Mitglied erregt auf den Tisch des Versammlungsleiters und es entstand ein großer Tumult, so daß der Sektionsführer nach der Polizeirufen ließ. Es erschienen ein Hauptmann und mehrere Beamte, die die Versammlung um Mitternacht gegen 12 Uhr auflösten.

Dem 2. Sektionsführer Gänslig wurde bei dieser Gelegenheit gleichzeitig vorgeworfen, daß er gesammelte Lebensmittel

für die schweren Dienst tuernden SA-Leute vorenthalte; denn bei Nachprüfung der Küche hatten einige Nazileute festgestellt, daß Lebensmittel wie Butter usw. vorhanden waren, obwohl ihnen meistens erklärt wurde, daß nichts mehr da sei. Die betreffenden Mitglieder wollten ein Ausschlußverfahren gegen die Sektionsleitung einreichen. — Wie im Felde scheitern sich die Küchenbullen und Verpflegungsoffiziere auch bei der SA. außerordentlicher Beliebtheit zu erfreuen.

Henry Guilbeaug in Paris.

Selbst gestellt trotz Todesurteil.

Paris, 18. August. (Eigenbericht.)

Der bekannte pazifistische Schriftsteller Henry Guilbeaug, der unter der Vera Clemenceau wegen Hochverrat zum Tode verurteilt worden war, ist nach Paris zurückgekehrt und hat sich freiwillig der Justiz gestellt. Guilbeaug war nach etwa einjähriger Dienstzeit zu Beginn des Krieges regulär freigelassen worden und nach der Schweiz gegangen. Dort traf er mit Romain Rolland zusammen. Er gründete mit ihm die Zeitschrift „Demain“. Guilbeaug unternahm eine scharfe Antikriegspropaganda und trat für die Weltrevolution ein als bestes Mittel zur Beendigung des Krieges. Er machte zusammen mit Lenin die Reise im plombierten Waggon nach Rußland mit und hatte in der Sowjetrepublik einige offizielle Stellen; zunächst die Verwaltung der französischen Botschaft. Das genügte, damit er in Paris vom Kriegsgericht im Abwesenheitsverfahren zum Tode verurteilt wurde. Die Gerichtsverhandlung dauerte damals noch nicht einmal 10 Minuten. Später lebte Guilbeaug jahrelang in Deutschland in schwerer Notlage.

Als er den Pariser Justizpalast betrat, erklärte er den Journalisten, er wolle sich lediglich rechtfertigen. Er habe die Gewißheit, daß es ihm gelingen werde, seine Unschuld zu beweisen. Guilbeaug wurde dem Militärgericht eingeliefert. Zu seinem Verteidiger hat er den bekannten Abg. Rechtsanwalt Torres ausgewählt.

30. August: Reichstag!

Herrn von Papens Optimismus.

Von Paul Löbe.

Während weite Kreise Deutschlands der Meinung sind, die Regierung Papen habe sich mit anerkennenswerter Festigkeit in eine sichere Sackgasse hineinmanövriert, tönt uns aus dem Munde des Kabinettschefs die fröhliche Versicherung entgegen: „Wir werden noch lange im Amie sein!“

Zur gleichen Stunde, in der dieser überraschende Optimismus offenbar wird, nennt der „Angriff“ des Herrn Goebbels in seiner wie immer zurückhaltenden Sprache die amtlichen Verlautbarungen der Regierung Papen-Schleicher über die Abmachungen mit Hitler „widerlegte Lügen“, was Herr von Papen seinerseits nicht hindert zu versichern, daß er keinen Grund hat, Herrn Hitler nicht zu glauben.

Angeichts dieser vollendeten Harmonie muß sich der erstaunte Mitbürger die Frage vorlegen: Sind die neuen Männer sehenden Auges in diese Situation hineingesteuert? Ich glaube nein. Sie hatten sich ein ungefähres Bild der zukünftigen Entwicklung zurechtgelegt, das nur einen Fehler hatte: das Bild war falsch! Sie glaubten an die zugesagte Unterstützung des sogenannten „Präsidenten-Kabinetts“ durch die Nationalsozialisten, und gerade der dramatische Zusammenstoß zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler am letzten Sonnabend hat offenbart, welche entscheidende Rolle diese Zusage in der Kastration der Regierung Papen gespielt hat.

Als ich nach der plötzlichen Entlassung Brüning's an höchster Stelle die Grundlosigkeit dieses Regierungswechsels zur Sprache brachte und dabei die Frage aufwarf, auf wen sich das neue Kabinett im Parlament stützen wollte, erfolgte der sofortige Hinweis, daß man diese Unterstützung von den Nationalsozialisten erwarte. Auf meinen Einwand, daß diese Partei doch selbst an die Macht wolle und nicht gewillt sei, andere Regierungen zu tolerieren oder zu unterstützen, erhielt ich die bündige Antwort: das ist jetzt anders geworden, wir haben die Zustimmung dieser Unterstützung erhalten. Gegenüber diesen präzisierenden Erklärungen mußte ich trotz aller inneren Zweifel kapitulieren und ich verstehe heute mehr als vorher die Enttäuschung und Entrüstung der Regierung und des Reichspräsidenten über diesen, ich will nicht sagen, Wortbruch, aber über die Täuschung, der sie zum Opfer gefallen sind. Die Tatsache, daß die knappe Unterhaltung Hindenburg-Hitler nicht in der üblichen Form einer Beratung am Tisch stattfand, sondern „stehenden Fußes“ abgewickelt wurde, ist deshalb wohl nicht so sehr auf die Zusammenführung der Unterhändler als auf diese Empörung zurückzuführen.

Denn ob das Gerücht der Nichtbeteiligung der Nationalsozialisten an den kommenden Reichstagsverhandlungen zutreffend ist oder nicht, eins bleibt bestehen, das Kabinett Papen kann im Reichstag keine Mehrheit finden. Es hat im vollen wie im teilweise verlassenen Hause nur etwa vierzig bis fünfzig Stimmen für sich und damit ist die Möglichkeit seiner verfassungsmäßigen Existenz beendet.

Welchen Ausweg aus diesem Dilemma man auch sucht, nur einer davon würde sich auf dem Boden der Verfassung halten: die erneute Auflösung des Reichstags.

Was auch sonst erwogen, geprüft, begutachtet wird, keiner dieser Vorschläge bleibt auf dem Boden der Verfassung. Der Reichstag wird am 30. August zusammentreten. Irgendein Versuch, diese verfassungsmäßige Vorschrift nicht auszuführen, hat niemand unternommen. Die Sammlung des Reichstags um ein sachliches Regierungsprogramm des Aufbaues und der Arbeitsbeschaffung, vielleicht sogar der teilweisen Verstaatlichung von Teilen der Produktion, Kürzung der Direktoren- und anderer hoher Gehälter — so einleuchtend der Versuch sonst auch wäre, erschafft die Mißtrauensvoten nicht aus der Welt, die nach den haarsträubenden Uebergriffen der Regierung unvermeidbar sind und zur Annahme kommen.

Der Versuch, das Mißtrauensvotum aus entgegen gesetzten Motiven für unwirksam zu erklären, ist undurchführbar. Er widerspricht dem Sinne wie dem Wortlaut der Verfassung, allen Traditionen des eigenen Landes und der übrigen parlamentarisch regierten Staaten. Vertagung des Reichstags, um der Regierung das Arbeiten auf Grund einer Ermächtigung oder eigener Machtvollkommenheit zu ermöglichen, kann nur durch eine Mehrheit beschlossen werden und die ist nicht vorhanden. Die Befugnis des Reichspräsidenten, das Kabinett aus eigenem zu halten und die Session des Reichstags durch sein Machtwort zu schließen und zu eröffnen — eine Befugnis, die ihm durch Volksbegehren zugewiesen werden könnte, wie manche meinen — sie ist in der Verfassung nicht vorgesehen, ebensowenig das unbeschränkte Weiteramtieren eines gestürzten und geschäftsführenden Kabinetts. Es würde nicht nur nach innen verfassungswidrig, sondern auch nach außen nur beschränkt verhandlungsfähig sein. Wenderung des Wahlgesetzes in bezug auf kleinere Wahlkreise und Persönlichkeitswahl — wofür manche unter uns sich früher eingesetzt haben — oder in bezug auf Wahlalter und erste Kammer sind nur in einfacher oder qualifizierter Mehrheit möglich, wenn man auf dem Boden der Verfassung bleiben will. Soviel Kopfzerbrechen man auch aufwendet, soviel Auswege man auch erfindet, jeder einzelne führt zu dem Bruch oder der Beugung der Verfassung, die auch von den Mitgliedern des gegenwärtigen Kabinetts beschworen worden ist.

Der einzige Weg, der zur Rot auf dem Boden der Verfassung bleibt, ist also eine neue Auflösung des Reichstags, die mit irgendeinem konkreten Fall des Vorgehens des Parlaments begründet sein könnte. Sie ist ein Weg, aber kein Ausweg, sie verlängert die Sackgasse, in die

Unbilliges Verlangen.

Der Sturm 14-25 in Köln mußte aufgelöst werden. Er hatte von Hitler die Einlösung seiner Versprechungen erwartet.



„ — — Alles könnt ihr von unfrem geliebten Führer verlangen, nur das nicht!“

Amerika und Sowjetrußland.

Neue Verständigungsversuche.

Von den Großmächten haben nur noch die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Sowjetunion „nicht anerkannt“. Zwischen den beiden großen Reichen zu beiden Seiten des nördlichen Pazifik bestehen immer noch keine diplomatischen und konsularischen Beziehungen, wenn auch das Geschäftsleben diese Lücke bereits überbrungen hat. An russischen Annäherungsversuchen hat es nicht gefehlt, aber die USA. blieben hartnäckig, und die scharfe Polizeiaktion gegen die Sowjethandelsgesellschaft „Amtoorg“ in New York vor einigen Jahren hatte eine bedeutende Verschlechterung des gegenseitigen Verhältnisses zur Folge.

Nun scheint darin ein Wandel bevorzustehen, woran vielleicht — das Vordringen Japans auf dem asiatischen Kontinent nicht ganz ohne fördernde Kraft ist. Aus Moskau wird gemeldet, daß demnächst Stalin auf kurzer Welle zu Amerika sprechen wolle — natürlich nicht um bolschewistische Propaganda zu machen, sondern um Verständigung anzubieten. Folgende New-Yorker Meldung zeigt, daß auch dort eine Annäherung versucht wird, wenn auch mit der schwerwiegenden Forderung einer Anerkennung russischer Vorkriegsschulden:

Seit geraumer Zeit schweben Gerüchte über Annäherung von Verhandlungen zwischen USA. und Rußland, die die Anerkennung der Sowjetregierung zum Ziel haben. Die Anerkennung soll abhängig gemacht werden von der grundsätzlichen Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden an USA.-Bürger, wobei allerdings ein erheblicher Abschlag vorgenommen werden würde, und wobei auch die auf Grund der Anerkennung von Rußland auszugebenden Bonds zur Hälfte noch zum Ankauf amerikanischer Erzeugnisse durch Rußland verwendet werden sollen. Der amerikanische Außenvertreter der Standard Oil Company of New York und der Bethlehem Steel Company, Mr. J. J. Lee, soll auf dem Wege nach Moskau sein, um zunächst inoffizielle Erörterungen zu pflegen.

Sollte hierbei eine Aussicht auf Erfolg entstehen, so hat Lee den Auftrag, für die Standard Oil Co. Verhandlungen über eine Konzession zur Ausbeutung stillgelegter Oelfelder von Batuman zu knüpfen und Aufträge für die Bethlehem Steel Company herbeizuholen.

Aufwertung altrussischer Guthaben.

Ein Urteil in USA.

Im vorsovjettischen Rußland haben eine Menge ausländischer Banken und Versicherungsgesellschaften Niederlassungen unterhalten, die umfangreiche Geschäfte mit russischen Bürgern gemacht haben. Die Währung Alt-Rußlands ist durch den Weltkrieg bereits sehr stark entwertet worden, in Sowjetrußland hat sie auch die letzte Spur ihres Wertes verloren. Viele der ehemaligen Kunden dieser ausländischen Banken und Versicherungsgesellschaften sind seither Emigranten geworden, und sie haben verschiedentlich versucht, ihre zu vollem Wert eingezahlten Gelder zurückzuerhalten. Rummehr hat der Oberste Gerichtshof des nordamerikanischen Staates Alabama solchen Rückgabeanträgen russischer Emigranten recht gegeben und zunächst ist daraufhin ein im alten Rußland eingezahltes Guthaben von 1,9 Millionen Jarenrubeln bei einer Bank in den USA. beschlagnahmt worden. Alle gerichtlichen Instanzen haben diese Beschlagnahme bestätigt. Nach dem erwähnten Urteilspruch soll das Guthaben bis zu einem Betrag von 60 Prozent seines nominellen Wertes in Dollar ausgezahlt werden.

Das Urteil stützt sich darauf, daß jene ausländischen Banken und Versicherungsgesellschaften die in Rußland eingenommenen Gelder rechtzeitig ins Ausland transferiert oder in die Heimatwährung dieser Unternehmungen umgewandelt hätten, wodurch sie der Entwertung dieser Gelder entgangen seien; somit wäre es nur recht und billig, daß sie den Gläubigern wenigstens den größeren Teil dieser vollwertig geleisteten Einzahlungen wiedergäben.

Selbstverständlich geht dieser Prozeß zwischen Emigranten und ausländischen Unternehmungen, die längst nicht mehr Niederlassungen in der Sowjetunion haben, den heutigen russischen Staat nichts an.

uns die Herren Papen-Schleicher geführt haben, aber sie öffnet sie nicht.

Der Reichstag ist einberufen. Am 30. August und den folgenden Tagen hat Herr von Papen das Wort. Er muß dem deutschen Volke zeigen, wie er es weiter führen will, nachdem er die Führung anderen Händen so bereitwillig abgenommen hat.

SA.-Feme arbeitet.

Wieder ein SA.-Mann von „Kameraden“ niedergemacht

Köln, 18. August (Eigenbericht).

Wieder wird ein Ueberfall von SA.-Leuten auf einen SA.-Mann gemeldet. In Grevenbroich wurde ein junger Nationalsozialist überfallen und mit Messern so zugerichtet, daß er wahrscheinlich sein Leben lang ein Krüppel bleiben wird. Die Täter sind verhaftet. Nur mit Mühe konnte sie die Polizei vor dem Volkszorn schützen. Der hinterlistige Ueberfall erfolgte, weil der Nationalsozialist sich gegen die Beschuldigung gewehrt hatte, er habe Parteigelder unterschlagen. Seine SA.-Kameraden lauerten ihm deshalb auf und behandelten ihn nach den Methoden, die ihnen von ihren Führern gelehrt werden.

Bei einem Kaufmann in Köln-Bindental erschienen zwei uniformierte SA.-Leute und versuchten mit Gewalt eine Forderung von 200 Mark einzutreiben, die ein Mitglied der NSDAP. an den Kaufmann zu stellen, aber der Gauleitung seiner Partei überschrieben hatte. Die beiden Burtschen, die mit Gewalt in die Wohnung einbringen wollten, erklärten, sie würden nicht eher gehen, bis sie das

Geld bekommen hätten. Im Notfall würden sie Verstärkung herbeiholen. Ein Angestellter des Kaufmanns rief das Ueberfallkommando herbei, das die beiden Burtschen mitnahm.

Vor einiger Zeit veröffentlichte die „Rheinische Zeitung“ das Rundschreiben eines Kölner nationalsozialistischen Gruppenführers, der seine Parteigenossen ersuchte, ihm Lebensläufe einzusenden, da demnächst 4800 pensionsberechtigten Inspektoren nach staatlichen Gehaltsföhen für die Arbeitsdienstplicht allein im Gebiet Köln-Aachen eingestellt würden. Jetzt ist dieser nationalsozialistische Stellungsvermittler wieder aus der Raziipartei ausgetreten. Bekannten, die ihn nach dem Grund fragten, antwortete er: „Ach, die können auch nig“.

470 Demonstranten vor dem Richter.

Nachspiel zu der Münchener Nazidemonstration.

München, 18. August. (Eigenbericht.)

Am 19. Juni d. J. hatten etwa 500 Nationalsozialisten trotz des damals noch bestehenden Uniformverbots in voller Ausrüstung vor dem Hause des Ministerpräsidenten Dr. Heß demonstriert.

Die Burtschen wurden größtenteils verhaftet und ein Teil von ihnen bereits am übernächsten Tag dem Schnellrichter zugeführt und abgeurteilt. Inzwischen kamen aber dem Richter wegen der durch die Aufhebung des Uniformverbots veränderten Rechtslage Zweifel und er sprach einen Angeklagten frei. — Der Staatsanwalt erhob mit Erfolg Revision beim Obersten Landesgericht. Das freisprechende Urteil wurde aufgehoben. Demnach werden sich also in den nächsten Tagen 470 Demonstranten vor dem Schnellrichter zu verantworten haben.

Arbeitsmarkt weiter verschlechtert.

Zunahme der Arbeitslosigkeit im Hochsommer.

Die statistische Erhebung der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bestätigt die Bemerkung im letzten Bericht der Reichsanstalt, wonach die dort verzeichnete Abnahme der Arbeitslosen auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß infolge der Entziehung der Unterstützung und der Aussichtslosigkeit, Arbeit zu bekommen, ein Teil der Arbeitslosen nicht mehr Stempeln geht und also nicht mehr in der Statistik der Reichsanstalt erscheint. Die statistische Erhebung über die Arbeitslosigkeit des ADGB im Juli zeigt eine Zunahme der Arbeitslosen von 43,6 Proz. Ende Juni auf 44,4 Proz. Ende Juli. Ende Juli 1931 war der Prozentfuß 31,6. Auch die Kurzarbeit nahm von 21,7 Proz. Ende Juni auf 22,3 Proz. Ende Juli zu. (Ende Juli 1931: 18,9 Prozent.) Bemerkenswert ist diesmal, daß

Prozent zurückging. Im Bauergewerksbund und im Zimmererverband gibt es Kurzarbeit überhaupt nicht. Bei den Steinarbeitern zog die Arbeitslosigkeit bereits wieder an und zwar von 68,4 auf 68,7 Proz., und auch die Kurzarbeit erhöhte sich von 1,4 auf 2 Proz. Ebenso stieg in der Grobkeramik die Arbeitslosigkeit schon wieder an von 57,6 auf 57,8 Proz. und die Kurzarbeit von 6,8 auf 7,5 Proz. Derartige Zahlen sind

ein vernichtendes Urteil über die kapitalistische Gesellschaftsordnung

und zugleich über die hilflose Untätigkeit der Reichsregierung. Von ganz wenigen und geringfügigen Ausnahmen abgesehen ist auch in der sogenannten Konjunkturgruppe überall eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes festzustellen. Insgesamt stieg dort die Arbeitslosigkeit von 37 auf 38 Proz. (26,1 Ende Juli 1931), während die Kurzarbeit von 26,1 auf 26,7 Proz. stieg. Diese ununterbrochene Zunahme der Arbeitslosigkeit verleiht sich sowohl auf die Konsumgüter- wie die Produktionsmittelindustrie. Auch die sorgfältigste Untersuchung der Statistik gestattet nicht irgendwie die Hoffnung auf ein Einziehen des Beschäftigungsgrades.

Der fortgesetzte Lohn- und Gehaltsabbau höhlt die Kaufkraft der großen Massen aus und verengt immer mehr den durch die Weltwirtschaftskrise zusammengeschrumpften Markt. Es ist offensichtlich, daß durch diese Politik des Lohnabbaues, deren Verschärfung jetzt durch die sogenannte Auflockerung der Tarifverträge geplant ist, die automatische Wiederanturnung der Wirtschaft verhindert wird.

die Arbeitslosigkeit auch in den Außenberufen im Monat Juli zugenommen

hat. Wohl ging die Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund, wenn auch nur unwesentlich, von 77,6 auf 76,8 Proz. zurück, desgleichen im Zimmererverband von 77,2 auf 76,6 Proz., aber im Verband der Maler blieb die Arbeitslosigkeit mit 79 Proz. stabil, während die Kurzarbeit noch etwas zunahm, und zwar von 3,5 auf 3,6 Proz. Wie notwendig es ist, daß von Staats wegen die Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt wird, geht aus der Tatsache hervor, daß bei den Malern Ende Juli 1931 die Arbeitslosigkeit 60,3 Proz. betrug, während die Kurzarbeit 6,3 Proz. ausmachte, in diesem Jahr jedoch die Arbeitslosigkeit Ende Juni den phantastischen Höhepunkt von 79 Proz. erreichte, während die Kurzarbeit auf 3,6

Landgemeinden für Arbeitsbeschaffung.

Ein umfangreiches Programm.

Der Deutsche Landgemeindetag und der Verband der Preussischen Landgemeinden hatte zu Mittwoch zu einem Presseabend im Haus der Deutschen Presse eingeladen, auf dem das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden erläutert wurde.

Dr. Gercke wies einleitend darauf hin, daß von keiner Seite mehr die Notwendigkeit eines umfassenden, planmäßig auf Jahre hinaus verteilten Arbeitsbeschaffungsprogramms, das unwesentlich in die Tat umgesetzt werden müßte, bestritten werde. Wenn sich der Landgemeindevorstand in die vorderste Linie gestellt habe, um durch Arbeitsbeschaffung die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, dann seien hierfür zwei Gründe maßgebend gewesen: Einmal die Tatsache, daß heute

Tausende von Gemeinden infolge der durch die Arbeitslosigkeit bedingten sozialen Lasten vor dem Zusammenbruch

stünden und daß gerade in den Landgemeinden mit größter Arbeitslosigkeit Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit in gefährlichem Maße gegriffen hätten. Es müsse mit allen Mitteln dafür Sorge getragen werden, daß sich alle maßgebenden Organisationen und Parteien zur positiven Lösung der deutschen Schicksalsfrage, nämlich der Beseitigung der Erwerbslosigkeit bekämen.

Die Vorschläge der Landgemeinden, die in Leitfäden mit ausführlicher Begründung zusammengefaßt sind, gehen von folgenden Erwägungen aus:

Trotz schwerster Verluste auf verschiedensten Gebieten ist uns die Arbeitskraft des deutschen Volkes als stärkstes Mittel zur Belebung der Wirtschaft

geblieben. Diese Arbeitskraft kann heute bei rund 6 Millionen Erwerbslosen nicht annähernd genutzt werden, obwohl genügend volkswirtschaftlich wichtige Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung stehen. Diese volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten müssen unter Einwirkung der Privatwirtschaft zu vollem Lohn von der öffentlichen Hand durchgeführt werden. Dadurch ergibt sich eine starke Belebung der Kaufkraft und des Marktes sowie der Produktion und letzten Endes der Steuerkraft. Zur Trägerfunktion dieser Arbeiten ist die öffentliche Hand deshalb berufen, weil es sich bei den Maßnahmen vielfach um Arbeiten handelt, die ihrer Natur nach

nicht im privatwirtschaftlichen Sinne rentabel

sind und die infolgedessen von der Privatwirtschaft nicht in Angriff genommen werden, und weil es an genügenden Arbeiten, die im privatwirtschaftlichen Sinne rentabel sind, zur Zeit mangelt.

Kredite aus dem Ausland können wir nicht mehr erhalten. Sie wären auch für die deutsche Wirtschaft gefährlich und verhängnisvoll. Die Finanzierung eines wirklich umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramms auf dem aus Reichsbankkrediten vorgeschlagenen

Wege der Diskontierung von relativ schnell rückzahlbaren Wechseln wäre unzulänglich und außerdem für die Gemeinden untragbar. Die Aufnahme von Anleihen im Inlande wäre nach der bisherigen Praxis nur möglich, wenn dafür hohe untragbare Zinsen gezahlt würden. Sie dürfte ebenso wie die Beschaffung der Mittel durch Prämienanleihen usw. nur zu einem unzulänglichen finanziellen Ergebnis führen. Infolgedessen muß ein neuer Weg beschritten werden, und zwar die

zinslose Kreditbeschaffung der öffentlichen Hand

bei den öffentlich rechtlichen Kreditanstalten, die ihre Deckung, wie die Anleihen der öffentlichen Hand bisher, in der Steuerkraft der Bevölkerung findet. Selbstverständlich müßte die Kreditbeschaffung von einer zentralen Stelle, am besten von einem eigens mit großen Vollmachten eingesetzten Reichskommissar planmäßig überwacht und begrenzt werden, um jede Gefährdung der Währung auszuschließen.

Was heute in der Öffentlichkeit vielfach verwechselt und durcheinander geworfen wird, ist die Kreditbeschaffung und die Beschaffung der für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm notwendigen Geldzeichen. Wir haben heute mehr Geldzeichen im Umlauf, als wir 1913 hatten. Davon ist allerdings ein sehr erheblicher Teil — man schätzt 1,5 bis 2 Milliarden — infolge des mangelnden Vertrauens in unsere Wirtschaft bei groß und klein gehamfirt worden. Wenn man den bargeldlosen Verkehr nach Kräften belebt und zu seiner Förderung auch das Scheckgesetz verkürzt, dann sind

zur Inangriffnahme auch eines großen Arbeitsbeschaffungsprogramms relativ nur geringe Mengen von Geldzeichen nötig.

Die Reichsbank ohne irgendeine Gefährdung der Währung zur Verfügung stellen könnte.

Die Erhaltung eines Zustandes der Deflation, begleitet von unentgeltlich hohen Zinsen müßte zur Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere zur weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit und Verelendung der Landwirtschaft führen.

Diejenigen, die auch an dem hier vorgelegten Programm glauben, Kritik üben zu müssen, hätten die Pflicht, über die Kritik hinaus ein besseres Programm mitzuteilen. Die Zeit des Kritizierens, der Körperleien und der großen Versammlungsreden sei vorbei. Jetzt müßten endlich praktische Taten gezeigt werden. Vor der Geschichte würden nur die bestehen, die in schwieriger Zeit den Mut besaßen hätten, zu handeln, auch wenn sie dabei Wege beschreiten müßten, die nicht ohne Schwierigkeiten und ohne Gefahren waren.

Soweit Dr. Gercke. Er sagt selbst, sein Projekt sei nicht ohne Schwierigkeiten und Gefahren. Man wird sich zu ihm endgültig äußern können, sobald erst einmal konkrete Vorschläge vorliegen. Vorläufig handelt es sich nur um Richtlinien. Man muß also die praktischen Vorschläge abwarten.

„Der neue Geist.“

Im Reichsarbeitsministerium spukt es.

Der Reichsarbeitsminister hatte die Vertreter der Spitzengewerkschaften zu heute zu einer Besprechung geladen. Diese Besprechung ist plötzlich wieder abgefaßt worden. Sie findet vielleicht in der kommenden Woche statt.

Die Besprechung sollte sich, nach Mitteilungen aus den christlichen Gewerkschaften, mit der Frage der Auflockerung des Tarifwesens beschäftigen. Das Reichsarbeitsministerium, so verlautet, arbeite zur Zeit im Auftrag der Reichsregierung einen Vorschlag für die Tarifauflösung aus. Neben diesem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums seien nun plötzlich noch andere Vorschläge im Kreise der Reichsregierung gemacht worden.

Allem Anschein nach liegt hier der Grund für die Verschiebung der Besprechung des Reichsarbeitsministeriums mit den Spitzengewerkschaften. Den Scharfmachern ist der Auflockerungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums zu sahm. Sie wollen aufs Ganze gehen und mit dem Tarifrecht überhaupt Schluss machen. Ihnen fehlt, wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ in ihrer Donnerstagnummer betont, das sichtbare Zeugnis von dem Willen zu durchgreifenden Reformen, wie sie etwa die Abschaffung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen einleiten könnte. „Weitgehender Verzicht auf die Anwendung der Verbindlichkeitsklärung, wie wiederholt festzustellen war, und ihre gänzliche Abschaffung bedeutet“, so sagt das Organ des Grubenkapitals, „nämlich keineswegs daselbe. Verzicht hebt eine Rechtsituation nicht auf, die unheilvoll genug zum Schaden aller gewirkt hat und wieder wirken kann, sobald im politischen Spiel die Kräfte und Größen wechseln sollten. Will man einer Wiederholung von Gefahren in der Zukunft vorbeugen, will man eine Neuaufgabe der Rührgriffe der Vergangenheit zum mindesten erschweren, so heißt es jetzt ganze Arbeit machen und sich nicht begnügen mit den Möglichkeiten der Anwendung des bestehenden, einem überwundenen Geiste entsprechenden Rechts.“

Die Geister der Vergangenheit spuken offenbar im Reichsarbeitsministerium. Freilich nicht erst seit heute und gestern. Aber bisher blieben sie im Hintergrund; jetzt verlangen sie, daß die Vergangenheit zur Gegenwart, die Nacht zum Tag erklärt wird.

Seit mehr als zwei Jahren treiben diese Geister der Vergangenheit ein verhängnisvolles Gewerbe. Mit Hilfe der Verbindlichkeitsklärung zunächst, mit Hilfe des zum Ueberdruß mißbrauchten Artikels 48 sind auf Verlangen der Unternehmer Löhne, Gehälter, Unterstützungsfälle herabgesetzt, die Sozialversicherung ausgedehnt worden. Nun verlangen diese Geister der Vergangenheit die Beseitigung der Lohnbindungen überhaupt, die Zerstörung des sozialen Wertes der Republik. Das ist der „neue Geist“, die Konsequenz, die die Scharfmacher aus dem Wahlerfolg Hitlers ziehen.

Diese Scharfmacher geben der Arbeiterklasse einen heilsamen Anshauungsunterricht. Sie wollen „ganze Arbeit“ machen, in der Meinung, es wäre schon aller Tage Abend. Nach dieser Nacht der Reaktion wird es aber, wie wir hoffen, ein Erwachen geben. Es wird für die Scharfmacher sicherlich nicht ein erfreuliches sein.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Freiheit: Jugendheim Wolltorstraße 9 (Beratung), Kuratell des Vereins. — Charlottenburg: Jugendheim Serecht, 30. Vorkriegs von Herrn Weill. — Köpenick: Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 20. Die Frau in Wirtschaft und Staat. — Neukölln: Jugendheim Teplerstr. 96. Heutiges von Dolmann. — Döberitz: Jugendheim Sanderstr. 11. Der Arbeiterkampf. Was braucht uns die Welt? — Juppelings: Jugendheim Luriner Str. 6. Die Welt. — 7. — Reinickendorf: Jugendheim Lindauer Straße (Paraden). Der Umbau der Wirtschaft. — Das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften. — Adlershof: Jugendheim Adlershof, Bismarckstr. 1. Gewerkschaften. — Prenzlauer Berg: Gruppenheim Gleisdreieck, 3. Vorkriegs des Vereins. — Wedding: Jugendheim Wilmersdorf, 3. Treppen, Zimmer 11. Werbung steht Kopf. — Flughafen: Jugendheim, Schule Mariendamer Weg 69-70. Die politische Polizei. — Die Spiele ab 18 Uhr: Nordhafen: Weihenstephan Stadion, Flughafen. — Jungentreffen in Neudamm: Weihenstephan Stadion, Flughafen.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute finden folgende Veranstaltungen statt: Südwest: Jugendheim Wolltorstr. 11. (2. Hof, Querschloß, 1. Treppen, Zimmer 30). Der Aufbau des Kfz-Busses. — Spiele im Freien: Ab 18 Uhr Sportplatz Rehdorf, Sportplatz Schönhauser Allee (Einlass: Koppel), Platz 25. Volkspark Reinickendorf, Teplerstr. 96 (Wiese 7), Tennis Stadion Spandauer-Hafenfeld. — Die Berliner Gewerkschaften und Verbandsorganisationen m. b. H. tagt heute von 18-20 Uhr im Jugendheim Ebertstr. 12. — Fotografie: Zusammenkunft im Verbandshaus, Heilmannstr. 12, Zimmer 24, von 19-21 Uhr (Mittwoch). — Plakette für die Anti-Kriegs-Steuerabgabe am 3. September im Volkspark Rehdorf zum Preise von 20 Pf. sind im Jugendsekretariat zu haben.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“.

Angebot: Die einjährl. Wilmertzeile 20 Pf., Kellertzeile 2.— Pf., „Kleine Angestellten“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (jährlich zwei festgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Text. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Wilmertzeile 25 Pf., Familienangelegenheiten Wilmertzeile 15 Pf. Angelegenheiten im Hauptgeschäft Ebertstr. 12, wöchentlich von 9-17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Verantwortlich für Inhalt: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelböfer; Gewerkschaftsbewegung: B. Steiner; Freizeitsport: Herbert Lippe; Politik und Sonstiges: Fritz Kaschütz; Anzeigen: Otto Strauß; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin, Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin S.W. 68, Ebertstr. 12, hierzu 2 Beilagen.

WERTHEIM

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt.

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat!

Frisches Fleisch

- Kalbskamm Pf. 0.48
- Kalbsbrust Pf. 0.62
- Kalbsrücken Pf. 0.66
- Kalbsroulade Pf. 0.88
- Kalbskotelett Pf. 0.88
- Kalbsschnittel Pf. 1.38
- Schweinebauch . . . Pf. 0.58
- Schweineschulter o. Bg. 0.64
- Fr. Schweinenieren Pf. 0.58
- 1a Borl. Bratwurst . Pf. 0.68
- Fr. Rinderzunge . . Pf. 0.68
- Lammrücken u. Keule 0.88

Mastochsenfleisch

- Querrippe Pfund 0.38
- Brust Pfund 0.38
- Fehlruppe Pfund 0.58
- Schmorfleisch 0.68
- Roulade Pfund 0.96

Obst

- Tomaten holländ. 2 Pf. 0.25
- Kochäpfel Pf. 0.15
- Kochbirnen 2 Pf. 0.25
- EBäpfel 2 Pf. 0.35
- Blaue Pflaumen 2 Pf. 0.35
- Bananen Pf. 0.24

Kolonialwaren

- Pudding-Pulver Vanille- u. Mandel-Geschmack Pf. 0.38
- Rote Grütze Pf. 0.60
- Schokol.-Pudding . Pf. 0.60
- Sago Pf. 0.32 Tapioka 0.58
- Bruchreis Pf. 0.11
- Tafelreis Pf. 0.14 0.20
- Reisgrüß Pf. 0.17
- Hartgrüß Pf. 0.24 0.26
- Eier-Schnittnudeln 0.38 0.50
- Makkaroni Br. Pf. 0.34 0.44
- Gebr. Kaffee Pf. 1.80 2.20 2.60

Gemüse

- Rot- u. Weißkohl 3 Pf. 0.10
- Wirsingkohl 3 Pf. 0.10
- Blumenkohl Kopf von an 0.10
- Schmorgurken . . . 4 Pf. 0.18
- Möhren gewaschen 4 Pf. 0.15
- Grüne Gurken Stck. von an 0.06
- Senfgurken Pf. 0.06
- Kartoffeln 10 Pf. 0.28

Geflügel, Wild

- Wolgahühner, gefror. Pf. 0.55
- Tauben Stck. 0.58
- Enten gefroren . . . Pf. 0.60
- Enten frisch Pf. 0.88
- Hühner frisch . . . Pf. 0.70
- Gänse frisch Pf. 0.75
- Brathühner Pf. 0.84
- Backhähnchen . . . Pf. 0.96
- Blatt Rücken Keule
- Hirsch Pf. 0.64 0.78 0.92
- Reh Pf. 0.78 1.18 1.18

Wurst

- Hausmacher-Sülze Pf. 0.38
- Landleberwurst . . Pf. 0.82
- Mettwurst Braunschw. Art 0.98
- Feine Leberwurst 1.08 1.28
- Holst.Zerelat-u.Salami 1.15
- Filet-u. Teewurst . Pf. 1.18
- Zerelatwurst im Fettdarm 1.28
- Speck fet Pf. 0.78 mager 0.98
- Nußschinken Pf. 1.35

Käse u. Fett

- Camembert vollf. Schacht. 0.18
- Harzerkäse ca. 1.-Pf. Pak. 0.25
- Blockkäse Tü. Art halb. 0.38
- Briekäse vollfett . . Pf. 0.58
- Edamer, Holländer vollf. 0.66
- Tilsiter, Steinbusch, vollf. 0.66
- Margarine 3 Pf. 0.88
- Kokosfett 3 Pf. 0.88
- Molkereibutter Pf. 1.06 1.28
- Markenbutter Pf. 1.32

Fische

- Seelachs o. K. gs. F. Pf. 0.12
- Kabeljau o. K. gs. F. Pf. 0.12
- Rotbars o. K. gs. F. Pf. 0.14
- Schellfisch Pf. 0.14
- Austernfisch ab. esog. Pf. 0.15
- Kabeljaufilet Pf. 0.16
- Bratschollen 3 Pf. 0.22
- Frische Makrelen 3 Pf. 0.28
- Leb. Schiele Pf. von an 0.88
- Leb. Aale Pf. von an 0.98

geräuchert

- Lachsheringe . . . Stck. 0.10
- Fett-Böcklinge . . . Pf. 0.20
- Schellfisch Pf. 0.24
- Makrelen Pf. 0.24
- Seelachs in Stücken, Pf. 0.26
- Flundern Pf. 0.36
- Steinbeißer Pf. 0.36
- Seesaal abgezogen . Pf. 0.48
- Matjesheringe . . 3 Stck. 0.25
- NeueFetheringe, 10 Stck. 0.38
- Neue saure Gurk. 35 Stck. 0.10

Konserven 1/2 Dose

- Würstchen 3 Paar 0.65
- Gewürzgerichte 0.75
- Leipziger Allerlei mittelf. 0.90
- Bruchspargel ohne Köpfe 0.95
- Erbsen sehr fein 1.15
- Erdbeeren 0.95
- Konfitüre: 2-Pfd.-Eimer:
- Pflaumen 0.95

Wein 1/2 Flasche ohne Glas

- 1931 St. Johanner Steinb. 0.58
- 1931 Siefersh. Martinsbg. 0.95
- 1930 Oberem. Herrenb. 1.20
- Apfelwein Racker Urquell 0.50
- Weißwein Liter 0.55 5 Lit. 2.65
- Johannisbeer Lit. 68 3 Lit. 3.15
- Himbeer-, Kirschsaff. 0.98 1.10

- Königskuchen 0.48
- M. Anan. 0.54, m. Schok. u. Ros. 0.56
- Mohn- u. Schok.-Strud. 0.48

Pfirsiche 2 Pfund 45 Pf.

Grüne Bohnen 3 Pfund 20 Pf.

Caro-Petschek-Prozeß vor dem Ende

Ein Prozeß, der dem Staat Hunderttausende kosten kann

Seit dem 8. Juni spielt nun vor der Strafkammer der Caro-Petschek-Prozeß. Er steht kurz vor Schluß der Beweisaufnahme. Ueber seinen Gegenstand hat der „Vorwärts“ zu Beginn der Verhandlung ausführlich berichtet. Dr. Ernst Petschek, der Sohn des tschechischen Braunkohlemagnaten und fünfhundertfachen Millionärs Ignaz Petschek, heiratete im Jahre 1920 die Tochter des Gekochten und gleichfalls außerordentlich reichen Berliner Stickstoffindustriellen Professor Caro. Die Ehe gestaltete sich unglücklich. Die Eheleute gingen im Jahre 1928 auseinander. Es entbrannte ein Kampf voller Haß und Erbitterung um die Ehescheidung und um die Kinder. Eine Reihe Zivilprozesse folgte. Professor Caro forderte die Rückgabe der Mitgift in Höhe von 400 000 Mark, über die eine Quittung mit der Unterschrift Ignaz Petschek existiert haben sollte. Ignaz Petschek bestritt, die Mitgift erhalten, eine Quittung ausgestellt zu haben. Professor Caro wollte die Quittung anfangs vernichten, später gefunden und sie seinem Rechtsanwalt in Warschau übergeben haben, wo sie verlorengegangen sein sollte. Der Kampf wurde immer erbitterter, Professor Caro erstattete zwei eidesstattliche Versicherungen über die Hergabe der Mitgift. Ignaz Petschek erstattete Strafanzeige wegen versuchten Betruges, Urkundenfälschung und Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen. Es bedurfte der Beschwerde beim Kammergericht, um die Eröffnung des Verfahrens gegen den Willen der Staatsanwaltschaft und des Landgerichts zu erzwingen. So kam es schließlich zum Prozeß, dem Ignaz Petschek wegen seines Alters fernbleiben mußte, in dem aber Dr. Ernst Petschek, der frühere Mann der Tochter des Professors Caro, den Nebenkläger spielte. Die Gerichtsverhandlung gestaltete sich vielleicht zu einer der stürmischsten, die Roabit je erlebt hat.

War nun dieser Prozeß überhaupt nötig? Der frühere Justizminister a. D. Koch-Besler, Caros juristischer Berater, hatte seinerzeit seinen Klienten davor gewarnt, der Welt das Schauspiel eines so unerhörten Prozesses zu liefern. Prof. Caro und Ignaz Petschek waren aber so durchdrungen von der Bedeutung ihrer Persönlichkeit, daß sie im gleichen Maße davon überzeugt waren, die Öffentlichkeit müsse ein ebensolches Interesse haben, ihren Familienstreit vor Gericht ausgetragen zu sehen, wie sie selbst. Und wer weiß, wäre die Öffentlichkeit nicht gerade in diesen Monaten mit anderen Dingen vollauf in Anspruch genommen gewesen, sie hätte sich vielleicht von den kriminalistischen Sensationen, den spannenden Momenten und den besonderen juristischen Delikatessen dieses Prozesses fesseln lassen. Wären Professor Caro als führender Stickstoffindustrieller und die Braunkohlen-Petscheks nicht so eminent reiche Leute, nie hätten sie die Möglichkeit gehabt, in der Weise den Kampf miteinander zu führen, wie sie dies bereits vor dem Prozeß getan haben, auch die Gerichtsverhandlung hätte nie solch ein Ausmaß angenommen und man mag mit Recht zweifeln, ob die Beschwerde, die der Nebenkläger Petschek wegen des Richteröffnens des Verfahrens beim Kammergericht geführt hat, überhaupt Erfolg gehabt hätte, wenn es sich hier nicht um den großen Braunkohlemagnaten Ignaz Petschek und den Stickstoffindustriellen Professor Caro gehandelt hätte. Der springende Punkt der Verhandlung war:

Hat eine von Ignaz Petschek unterschriebene Quittung über die 400 000 Mark Mitgift existiert oder nicht?

Hat Caro in seiner eidesstattlichen Versicherung zu Recht behauptet, die 400 000 Mark Mitgift an Ignaz Petschek gezahlt zu haben? Der Nebenkläger Dr. Ernst Petschek hat in seiner Aussage nicht gut abgesehen. Er mußte u. a. zugeben, bereits am 17. Juni 1928, also noch bevor es zu der Ehekatastrophe gekommen war, von Professor Caro einen Brief erhalten zu haben, in dem dieser von der 400 000-Mark-Mitgift sprach. Diesen Brief hat er zunächst unwiderrufen gelassen. Zu seiner Rechtfertigung behauptet er, der Schwiegervater habe sich bereits damals mit der Absicht getragen, seine Tochter von ihm scheiden zu lassen, der Brief sei nur eine Vorberedungshandlung gewesen. Eine große Anzahl Zeugen wollte aber gleichfalls über die 400 000-Mark-Mitgift Bescheid gewußt haben. So erklärte der Theaterdirektor und Schriftsteller Friedemann-Friedrich, ein Bruder der Frau Caro, daß Ignaz Petschek ihm gesagt habe, die Mitgift befände sich in seiner Verwaltung. Der Bauerat Carl Janitsch, Vorstandsmitglied der Bayerischen Stickstoffwerke, äußerte sich in ähnlicher Weise.

Auch über die Existenz der ominösen Quittung gab es wichtige Zeugenaussagen. So mußte z. B. Caros Privatsekretärin von einem bedeutungsvollen Vorfall zu erzählen. Caro trug eines Tages in seinen Papieren, einem vergilbten Pappdeckel entnahm

er ein ganz vergilbtes Papier und rief dabei aus: „Mein Gott, hier ist ja die Quittung.“ Ein Telegraphenleitungsaufseher meldete sich als Zeuge und erzählte, daß er eines Tages auf Caros Schreibtisch eine offene Mappe habe liegen sehen und auf ihr eine Quittung über 400 000 Mark. Eine andere Ueberraschung ergab sich aus einer Angelegenheit mit einer geheimnisvollen Photographie. Die Originalquittung soll befandlich bei dem Sozius des Warschauer Rechtsanwalts Dr. Löwenstein verlorengegangen sein.

Caro hatte für die Auffindung der Quittung eine Belohnung von 300 000 Mark festgelegt, für den Nachweis der Quittung eine solche von 150 000 Mark.

Eines Tages soll bei Caro ein Mann erschienen sein und ihm eine Photographie der verlorengegangenen Quittung gezeigt haben. Professor Caro hat von diesem Vorfall auch seinem Rechtsanwalt Dr. Heine Mitteilung gemacht.

Es ist unmöglich, sämtliche Episoden der so umfangreichen Verhandlung auch nur andeutungsweise aufzuzählen. Nur ein paar Kostproben. Da war z. B. der sensationelle Besuch des Gerichtsvollziehers in der Carolinen Villa am Kojened. Auf Grund einer einstweiligen Verfügung sollte die Herausgabe der Quittung erzwungen werden. In Abwesenheit von Caro wurde in seinem Arbeitszimmer ein Gobelin von der Wand gerissen und eine Tafelung, hinter der sich ein Geheimfach befand, demoliert. Das Kunststück konnte nicht geöffnet werden, es sollten Arbeiter mit Schweiß- und Schneideapparaten geholt werden. Da öffnete Caro das Safe, entnahm ihm ein Papier, zerriß es und warf es in die Wasserpfütze des Klosetts. Hinterher sagte er, es sei nur eine Abschrift der Quittung gewesen. Fast jedes Detail verleiht die Prozeßhandlung in beständigster Erregung, zuweilen dauerte sie selbst im Gerichtskorridor an; die Auseinandersetzungen drohten sogar in Tätlichkeiten auszuarten.

Beide Parteien hatten noch eine große Anzahl von Beweisanträgen gestellt. Als aber Dr. Leppmann sein Gutachten dahin erstattete, daß Professor Caro fast am Ende seiner Kräfte sei, verzichtete man sich dahin, die Beweisanträge nur als Eventualanträge zu betrachten. Schließlich kann man sich doch nicht die ganzen Gerichtsferien verderben.

Piccard-Flug geglückt.

Zwischen Verona und Mantua glatt gelandet.

Mailand, 18. August.

Der Ballon Piccards ist Donnerstag kurz vor 17.30 Uhr zwischen Verona und Mantua gelandet. Der Ballon war schon vor längerer Zeit über Verona gesichtet, dann aber in einer Höhe von etwa 1000 Meter in Richtung Brescia abgetrieben worden. Später kam er wieder nach Verona zurück.

Die Kunde vom Fluge Professor Piccards hatte sich rasch in dem Gebiet des Gardasees verbreitet. Tausende von Personen verfolgten mit lebhaftem Interesse den langsamen Flug des Ballons. Am 14. Uhr war Professor Piccard bis auf eine Höhe von tausend Meter herabgestiegen und überflog Desenzano 2 1/2 Stunden lang. Von hier aus nahm er Kurs auf Castiglione della Stiviere, um in der Nähe von Ronzambano zu landen. Eine zahlreiche Zuschauermenge sollte den mutigen Fliegern begeistert Beifall spenden. Professor Piccard verließ gleich nach der Landung die Gondel und begab sich im Auto nach Desenzano, während Cognys an der Landungsstelle zurück blieb. Professor Piccard hat den Flug gründlichst ausgebeobachtet. Das italienische Luftfahrtministerium, das schon vorher von der Möglichkeit einer Landung im Gebiet von Mantua informiert worden war, hatte den Offizieren und Soldaten der Fliegertruppe den Befehl erteilt, sich für alle Fälle bereitzubehalten. Von Verona, Desenzano und Ferrara flogen Flugzeuge auf, um Professor Piccard und Cognys bei der Landung und bei der Bergung der wissenschaftlichen Instrumente behilflich zu sein.

Radiozauber am Funkturm

Heute Eröffnung der neunten Funkausstellung

In die Messehallen am Funkturm ist, wie alljährlich um diese Zeit, wieder die Funkausstellung eingezogen. Die neunte ihrer Art; sie wird heute eröffnet und zeigt der neuen Dinge viel, auch für die Leute, die nicht zum Stamm der Radiolen aus Beruf oder Neigung gehören.

Gut, aber teuer.

Im Empfängerbau ist zu erkennen, daß der verstärkte ausländische Wettbewerb und die Schrumpfung der Kaufkraft auf dem inländischen Markt die Bauarten und Ausführungen maßgeblich beeinflusst. Im Gegensatz zu den Zugeländnissen an die Zeit steht jedoch nicht der billige und gute Volksempfänger im Vordergrund des Fachinteresses, sondern als Schlagwort der Ausstellung der große und relativ teure Superheterodyn- und Ueberlagerungsempfänger mit 5 bis 6 Röhren, kurz genannt „Superhet“. Die Ausstellungsuperhets mit durchschnittlich nur 5 Röhren sollen jedoch den hochsensiblen Dreikreisempfängern nicht mehr in so hohem Maße überlegen sein, wie es früher bei 6 bis 7 Röhren der Fall war. Sonstige Kennzeichen der teureren Preisklasse sind die ausschließliche Verwendung von Schirmgitterröhren für die Hochfrequenzstufen und Audion und Pentoden als Mehrgitter-Endröhren, die Einknopfbedienungen ohne weitere Korrekturgänge, eine vollständige Panzerung der Geräte, Anwendung von sogenannten Exponentialröhren zur verzerrungsfreien Lautstärkerregulierung und Töpfungsausgleich, und schließlich die Tonblende oder Klangförder. Die Geräte sind außer in Einzelausführung ohne Lautsprecher auch in Verbindung mit ausschließlich dynamischem Lautsprecher zu sehen. Die übrigen Empfängergattungen der Zweikreis- und Einkreisempfänger sind ebenfalls fast ausschließlich mit Schirmgitterröhren ausgerüstet. Schon die kleinen 2-Röhren-Schirmgitter-Empfänger mit nur einem Abstimmkreis für Orts- und Bezirksempfang gelten durch den hohen Verstärkungsfaktor als bedeutend empfindlicher als die vorjährigen oder älteren Apparate mit drei Eingitterröhren. Die Funkhörer würden es begrüßen, wenn die versprochene Einknopfbedienungen auch bei Geräten der billigeren Preisklasse zu finden sein würde. Für ältere Empfänger, die den heutigen Anforderungen in bezug auf Trennschärfe nicht mehr genügen, haben die Firmen

Vorlägeräte in Form von Sperrkreisen und Wellenfiltern geschaffen, die die Wirkung der Geräte verbessern. Im Lautsprecherbau sind Fortschritte in der Klanglichen Wiedergabe, besonders beim elektromagnetischen Lautsprecher zu verzeichnen. Auf Grund der Erfahrungen im letzten Jahre haben dabei die Firmen dem sogenannten Freischwingerprinzip den Vorzug gegeben. Preiswürdigkeit und Longüität zeichnen diese Typen aus. Als weiterer ernstlicher Nebenbuhler auch für den dynamischen Lautsprecher ist diesmal der elektrostatische Lautsprecher des Erfinders Hans Vogt erschienen.

Fernsehproben

Dem Fernsehen, das immer noch in den Kinderschuhen steckt, ist in der Ausstellung wieder ein breiter Raum angewiesen. An der einen Längsseite der Halle sind 5 abgedunkelte Kojen errichtet, in denen die Fernsehempfangsgeräte der Deutschen Reichspost und der Fernsehfirmer Telefunken, Fernseh U.-G., Telade, Loewe-Ordenne zur Vorführung kommen. Diese Entwicklungsstellen zeigen: Fernsehempfang mit Braunkohler Röhre durch das Reichspost-Zentralamt, Telefunken und Loewe-Ordenne, Fernsehempfang mit Nipkow-Scheiben und Projektionsempfänger durch das Reichspost-Zentralamt, Vorführung von Spiegelschraubeneempfängern durch Telade, Vorführung eines Perjonen-Abtastsenders mit Spiegelradempfang durch Telefunken.

Eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Einführung des Fernsehens stellt die gleichzeitig mit der Funkausstellung Berlin 1932 erfolgende Inbetriebnahme des von der Telefunken-Gesellschaft erbauten Ultra-Kurzwellen-Senders dar, der die Möglichkeit bietet, Fernsehsendungen ausreichender Qualität drahtlos zu verbreiten. Zunächst wird dieser Sender allerdings in erster Linie Versuchscharakter, einen zusätzlichen Rundfunkdienst mit besonderem Programm innerhalb seines auf etwa 20 bis 30 Kilometer Umkreis berechneten Wirkungsbereiches durchzuführen.

In dem Ausstellungsraum der Deutschen Reichspost wird das endgültige Modell des neuen Berliner Großsenders gezeigt. Dann sind in einem Plan von Berlin die Feldstärken des Großsenders denen des Wiegandener Senders gegenübergestellt. Daraus ist zu ersehen, mit welchen Lautstärkeänderungen die Rundfunkteilnehmer im nächsten Frühjahr zu rechnen haben.



Jeder kennt sie, „die köstliche Juno“

und ihren durch hervorragende Güte festbegründeten Ruf.

Dieser verpflichtet zu Höchstleistungen, welche Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien verbieten.

Erlesene Tabake - Frische und volles Format, nur diese Tatsachen sollen für Juno sprechen.



„Arbeitsbeschaffung.“ Arbeitslose sollen Stummel suchen.

Daß Arbeitslose heutzutage nach jedem Strohhalm greifen, ist bekannt; neuerdings sollen sie aber auch nach Zigarrenstummeln greifen. So will es ein geschäftstüchtiger Herr, der unlängst einfache, fleißige Leute suchte, die sich einen Nebenverdienst verschaffen wollten. Natürlich mangelte es nicht an einfachen, fleißigen Leuten, die sich meldeten, und jeder Bewerber erhielt darauf folgenden Zettel:

„Es werden Aufkäufer gesucht für Zigarren- und Zigarettenstummel, die sich in allen Restaurants und Cafés usw. in mehr oder weniger großen Mengen laufend ansammeln. Erfahrungsgemäß geben die Gastwirte diese Abfälle gern umsonst ab, wenn sie täglich abgeholt werden. Es lohnt sich aber auch, dieselben mit etwa 10 Pf. pro Pfund zu bezahlen, wenn sie nur wöchentlich abgeholt zu werden brauchen. Der Aufkäufer erhält 15 Pf. pro Pfund und kann je nach seinem Bezirk und seinem Fleiß 50 Pfund und mehr pro Tag sammeln. Bezahlung erfolgt bei Ablieferung. Für die Sammeltätigkeit muß der Aufkäufer einen Kufsch oder dergleichen besitzen. Jedem Aufkäufer werden zwei bis vier der amtlichen Stadtbezirke in nächster Nähe seiner Wohnung zugewiesen, in denen er allein sammeln kann. Es ist leicht möglich, tags der Verdienst aus dieser Beschäftigung größer ist als der Lohn eines Facharbeiters. Es können aber nur ordentliche und pünktliche Leute beschäftigt werden. Mit Druckfaden werden Sie von hier aus unterstützt. Wenn die Sache Sie interessiert, usw. . . .“

Als Empörung kann man den Zustand nicht gut bezeichnen, in den die Arbeitslosen gerieten, als sie diesen Zettel ins Haus bekamen. Zum anderen hätte der Mann gleich noch das „Einkaufsbuch“ für die Tätigkeit eines Stummelfuchers verlangen sollen.

Pachtwindel im Lunapark.

Dieselben Stände doppelt und dreifach verpachtet.

Mit der Idee, in dem Berliner Lunapark im Winter einen „Wiener Prater“ zu eröffnen, hatte der Kaufmann Kurth ganz tolle Pachtwindelereien begangen.

Kurth pachtete im August vorigen Jahres die Terrassen des Lunaparks für den Winter. Um seine Absichten zu verwirklichen, fehlten ihm alle Geldmittel. Daher infizierte er, daß er im Lunapark gute Pachten zu vergeben hätte. Dann verpachtete er die Büfets, die Garderoben, die Batteriestände an Leute, die ihm bis zu 2500 Mark Pacht zahlten. Ueber die finanzielle Lage seines Unternehmens hatte Kurth falsche Auskünfte gegeben. Da ihm die Geldmittel noch nicht reichten, verpachtete er dieselben Stände oft zwei- und dreimal, so daß er schließlich selbst nicht mehr Bescheid in seinen Pachtverträgen wußte. Als der Zusammenbruch eintrat, waren die ganzen Pächter um insgesamt mehr als 10000 Mark geschädigt.

Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte Kaufmann Kurth wegen fortgesetzten Betruges zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Ein Mitangeklagter, der bei den Pachtwindelereien beteiligt war und der früher ein bekanntes Vergnügungslokal an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche besessen hatte, wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Raubüberfall auf Zimmervermieterin.

Der Täter von einer mutigen Frau gefesselt.

Ein verwegener Raubüberfall wurde in den späten Vormittagsstunden des gestrigen Donnerstags im alten Berliner Westen auf eine Zimmervermieterin verübt.

In einer Hochparterrewohnung des Hauses Steglitzer Straße 8 wohnt seit vielen Jahren die 47 Jahre alte Helene Strauß, die ihren Unterhalt durch Vermieten von möblierten Zimmern bestreitet. Bis vor etwa einem Vierteljahr wohnte bei ihr ein 25jähriger Wilhelm Reuter, der, nachdem er ausgezogen war, die Wohnungsschlüssel behielt. Reuter soll nun vor zwei Tagen, also am Dienstag, wieder ein Zimmer bei Frau Strauß gemietet haben. Als er Donnerstagsvormittag zwischen 11 und 1 Uhr die Wohnung betrat, sperre er seine Wirtin in ihr Zimmer ein und entwendete dann in der Küche einen Geldbetrag von ungefähr 200 M. Mit seiner Beute verließ er dann unauffällig das Haus und bog in die Dennemühlstraße ein.

Inzwischen war Frau Strauß in ihrer Angst, der Mieter würde ihr ein Leid antun, aus dem Fenster ihres Zimmers auf die Straße gesprungen. Dabei hatte sie sich einen

Gerhart Herrmann Mostar:

Anja.

Sie nahmen die Bahre wieder auf, Gleichgültige, Freunde und Feinde, und trugen sie über den Feldweg zum Friedhof. Zwischen den halbmannshohen runden Steinen wanden sie sich hindurch, die sehr eng standen; einige davon waren beschriftet mit den Namen der Toten, darunter ruhten Männer, andere waren ohne Namen und bargen Frauen; alle aber waren mit ihrem runden Kopf, der oft einen Turban nachahmte, nach Osten geneigt, gen Mekka.

Für Hassan war eine Grube gegraben, so lang wie breit, tief und schmal. Sie ließen ihn so hinunter, daß er sah, das Gesicht nach Osten gewandt, wie alle die Steine ringsum. Ein weißes Tuch hüllte ihn ein, nichts sollte ihn von der Erde trennen, kein Holz, kein Eisen, nur dies dünne weiße Tuch. Dann fiel die Erde von den Schaufeln auf seinen Leib, es polterte nicht, es schlug nur leise auf. Niemand mehr würde an sein Grab treten; kein Rechtgläubiger besucht einen Friedhof, es sei denn, um zu begraben; kein Rechtgläubiger pflanzt Blumen auf ein Grab. Denn der Tod ist von Allah, und Allah will, daß er auslöschende, was lebte; darum soll der Mensch nicht klein machen wollen, was groß ist, und nicht ewig, was vergänglich ist. Deshalb verfallen die Gräber, neigen sich die Steine, wenn sie eine Zeit gestanden haben, und fallen und liegen in wilden Gras; niemand aber darf die Stätte ein-ebnen, niemand dort ackern oder bauen; denn das Grab ist Allahs.

Wie der Boden geglättet ist, wenden sie sich ab, und wie sie wieder auf der Straße stehen, lachen sie sich an. Es ist verboten, zu weinen und zu klagen, es ist befohlen, froh zu sein nach dem Begräbnis; denn Allah will, daß die Toten tot seien und daß die Lebendigen leben.

11.

Ich war nun schon lange wieder unterwegs. Ich hatte guten Verdienst gefunden und schlechten, ich hatte Koffer ge-

Die Lüge von den Krankenkassenpalästen

Ein Mittelständler, der den Mut zur Wahrheit findet

Die Inanspruchnahme aller Kräfte und der gesamten verfügbaren Zeit im letzten Wahlkampf hat es mit sich gebracht, daß einige in jener Zeit erschienenen Veröffentlichungen nicht die Würdigung erfahren haben, die ihnen gebührt. Dazu gehört auch ein Beitrag, den Karl Siegle in der „Bewerkschaftszeitung“ über angebliche „Mißwirtschaft in den Krankenkassen“ veröffentlicht hat. Die wichtigsten Auslassungen Siegles seien hier zusammengefaßt. Er schreibt:

„Mißwirtschaft in den Krankenkassen.“ Unter solchen und ähnlichen Ueberschriften findet man in einem Teil der bürgerlichen Presse Artikel, die sich mit den Neubauten von Verwaltungsgebäuden einer Reihe von Allgemeinen Ortskrankenkassen beschäftigen. Es wird da u. a. behauptet, daß die Krankenkassen riesige, prunkvolle Verwaltungsbauten errichten. Darin läge eine Verschwendung von Arbeitergroschen. Die Sozialdemokratie, die in der Leitung der Krankenkassen überwiegenden Einfluß besäße und sich so gern als Arbeiterpartei bezeichne, sei in der Verwaltung der ihr anvertrauten Gelder nicht vorichtig genug gewesen. Die veranschlagten Baukosten seien fast durchweg überschritten worden.

Um die aufgestellten Behauptungen zu beweisen, wird z. B. gefagt, daß der Voranschlag für das neue Verwaltungsgebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin mit 2,8 Millionen Mark angefaßt war, während die wirklichen Baukosten 5,1 Millionen Mark betragen. Diese Behauptung ist glatt erfunden. Der Voranschlag für das neue Verwaltungsgebäude dieser Kasse beziffert sich auf 4,8 Millionen Mark. Bisher war auch noch keine Ueberschreitung des Voranschlags bei der Vergabe von Arbeiten vorgekommen, so daß damit gerechnet werden kann, daß die endgültigen Baukosten unter dem Voranschlag bleiben werden.

Wie ist es nun mit dem Einfluß der Sozialdemokratie in den Kassenorganen? Die Sozialdemokratische Partei hat weder mit der Entsendung der Versicherungsvertreter in die Kassenorgane etwas zu tun, noch auf deren Tätigkeit irgendwelchen Einfluß auszuüben. Diese Aufgabe überläßt sie den dafür zuständigen Gewerkschaften. Eine Verantwortlichkeit liegt nur bei den Gewerkschaften. Aber auch die freien Gewerkschaften beherrschen die Kassenorgane nicht allein. Die anderen Richtungen sind ebenfalls vertreten.

Besonders eigenartig mutet es an, wenn in Arbeitgeber-Zeitungen, wie z. B. im Publikationsorgan der Tischlerinnung zu Berlin, „Das deutsche Holzgewerbe“, vom 5. März 1932, in derselbe Horn getutet wird. Einmal wissen diese Herren ganz genau,

daß auch die Arbeitgeber in den Kassenorganen mitzuwirken haben und von ihrem Mitbestimmungsrecht recht gut Gebrauch zu machen wissen. In den meisten der angeführten Fälle von Krankenkassen-Neubauten sind die Beschlüsse für die Errichtung von Verwaltungsgebäuden einstimmig gefaßt worden. Da ist es wenigstens erfreulich, wenn der frühere Obermeister der Berliner Tischlerinnung, der frühere Reichstagsabgeordnete Paeth, der weder der Sozialdemokratie noch den Gewerkschaften nahesteht, den Herrschaften selbst die Maske vom Gesicht reißt. In seinem Organ schreibt er seinen ehemaligen Bundesgenossen in Ermüdung auf einen Artikel „So wirtschaften die Ortskrankenkassen“ im Publikationsorgan der Tischlerinnung zu Berlin, „Das deutsche Holzgewerbe“, u. a. folgendes ins Stammbuch:

„Es zeugt deshalb von der grenzenlosen Beschränktheit und Besitzmännlichkeit sogenannter Politiker, die in ihrem Beruf vielleicht Schulmeister, Subalterne Beamte oder sonstige, im Volkswirtschaftsleben ahnungslose gute Menschen oder vielleicht auch, wie ein Herr Dr. Sch., sogenannte Rationalökonomisten sind, wenn sie — in häufig demagogischer Tonart — über Luxus zeteren, wenn hier und dort einmal — es wird ja immer seltener — ein beherrschender oder sonstiger größerer Bau ausgeführt wird. Es ist diesen Armen noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß unsere lieben Millionen Arbeitslose zum größten Teil deshalb arbeitslos sind, weil nicht mehr gebaut wird, und sie ahnen auch beim Schreiben ihrer „hohen Politik“ anscheinend gar nicht, daß, wenn der Schornstein der Wirtschaft und Produktion nicht mehr raucht, sie dann auch keine Gehälter mehr bekommen. Es ist ja auch bald so weit.“ Und zum Schluß: „Durch die Beruhigung bei den Wahlen, die absolute Unkenntnis der Masse der Wähler und der nicht mit den inneren Zusammenhängen der Wirtschaft vertrauten Bevölkerung ist es geradezu geboten, all dem entgegenzutreten, was die Atmosphäre nur noch weiter zu vergiften geeignet ist und uns aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht heraus, sondern allenfalls noch immer tiefer hinein bringt.“

Wie sieht es nun mit dem Luxus aus, der bei den Neubauten getrieben worden sein soll? Sämtliche Bauten sind in einfachem Stil gehalten. Von Pracht- und Luxusbauten kann gar keine Rede sein. Mit den „Braunen Häusern“ sind sie in keiner Beziehung vergleichbar.

Wenn die Kreise, die über Mißwirtschaft in den Krankenkassen schreiben, in ihren Unternehmungen, und ganz besonders bei der Errichtung von Neubauten, dieselbe Vorsicht hätten walten lassen und das Prinzip der Sparsamkeit so streng angewandt hätten, wie es bei den Krankenkassen geschehen ist, dann wäre so manches Unternehmen nicht zusammengebrochen, um dann mit Hilfe des Reiches wieder in Gang gebracht zu werden.

Großer Wasserrohrbruch in Johannisthal.

In der Dorfstraße Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße in Johannisthal ist gestern nachmittags plötzlich der Fahrdaum in einem Umfange von mehreren Quadratmetern auf, eine starke Wasserfontäne schoß an die Oberfläche und die ausströmenden Wassermassen übersetzten einen Teil des Bürgersteigs. Wie von der alarmierten Schöneweider Feuerwehr festgestellt wurde, war das Hauptwasserdruckrohr gerissen. Die Bruchstelle war so groß, daß gewaltige Wassermengen an die Oberfläche traten. Durch Einklinken der Sicherheitschieber wurde das beschädigte Rohr noch einiger Zeit außer Tätigkeit gesetzt. Später traf eine Arbeiterkomme der Wasserwerke an der Unfallstelle ein und nahm die Auswechslung des gepflanzten Rohres in Angriff. Die Arbeiten dürften aller Voraussicht nach heute vormittag beendet sein. Während dieser Zeit war die Dorfstraße zwischen der Johannis- und Kaiser-Wilhelm-Straße für den gesamten Verkehr polizeilich gesperrt. Mehrere Häuserblocks waren durch den Rohrbruch einige Zeit ohne Wasserzufuhr.

Benzineexplosion in einer Wohnung. In einer Wohnung in der Müllerstraße 156 ereignete sich gestern nachmittags beim Hantieren mit Benzin eine Explosion. Die Wohnungsinhaberin erlitt erhebliche Verletzungen. Samariter der Feuerwehr leisteten der Verunglückten erste Hilfe. Das Feuer, das durch eine Stichflamme entstanden war und sich auszubreiten drohte, konnte schnell erloscht werden.

Knöchelbruch und einen Bluterguß im Oberschenkel zugezogen. Die Passanten nahmen sich sofort der Verletzten an, jedoch konnte man keine Spur des Diebes mehr entdecken. Dieser war aber unbemerkt von einer Frau Margarete K. aus der Körnerstraße verfolgt worden, die ihn schließlich in nächster Nähe des 31. Polizeirevieres in der Kaimstraße 37, wohin man inzwischen gelangt war, festhielt und einem gerade zum Dienst gehenden Polizeihauptmannmeister übergab, der ihn zur Revierwache brachte.

Tragisches Artistenlos.

Bei der Abschiedsvorstellung abgestürzt. — Zwei Kinder tot.

Mannheim, 18. August.

Bei der Abschiedsvorstellung der Seiltänzerfamilie Frank, die in Schwellingen gastierte, ereignete sich ein schweres Unglück. Infolge eines Materialfehlers, verbunden mit der Unvorsichtigkeit eines Angestellten, brach das Gerüst zusammen. Die auf dem 12 Meter hohen Seil arbeitenden vier Personen stürzten in die Tiefe. Frank erlitt nur leichte Verletzungen, seine zwölfjährige Tochter Ingeborg, sein elfjähriger Sohn Horst und der 16jährige Artistenlehrling Heinrich Reuner wurden blutüberströmt vom Platz getragen. Im Krankenhaus sind die beiden Kinder heute nach ihren schweren Verletzungen erlegen. Heinrich Reuner liegt mit Knochenbrüchen und schweren inneren Verletzungen hoffnungslos darnieder.

tragen in den Städten und Mais geerntet in den Dörfern. Weit hinter mir lagen die Berge und die Hirten, die Schafe und der Wolf. Mit einemmal trugen die Feigenbäume schon ihre zweite Frucht: Herbstfrucht, und mit einemmal legte sich nächstens die feuchte Hand des Winters auf meine heiße Stirn. Die Balkanächte waren immer kalt gewesen; jetzt wurden auch die Tage kälter und kälter. Der Winter spielte mit mir wie die Kage mit der Maus: schlug manchmal spielerisch nach mir mit Graupeln und Hagel, wie mit tausend kleinen, scharfen, schmerzhaften Krallen, nahm mich manchmal stundenlang in sein großes Reibelmaul, brachte nachträglich mir Wunden bei mit seinen Frostzähnen. Ach, man muß wohl froh sein, ein Dach über dem Kopf zu haben in solcher Zeit; und wer ein gut Dach über sich hat, der soll nicht dem Wirt unter den Hut sehen. . . .

So sehe ich denn seit Stunden dem Ingenieur des großen Sägewerks gegenüber und höre mir seine Reden an, die mir widerwärtig sind. Niemand wird so schnell ungeistig wie ein ursprünglich geistiger Mensch, den das Schicksal unter lauter Ungeistigkeit wirft. Auf der Universitäts war er vielleicht ein ganz netter, gutmütiger Kerl (gutmütig ist er übrigens geblieben, er hat mir zwar keine Arbeit im Werk geben können, aber er will mir Gastsfreundschaft gewähren für alle noch kommenden Winterwochen, wie herrlich!) — er hat das Trinken und die Frauen so mitgenommen wie die meisten seiner Kommilitonen; nun aber sitzt er seit Jahren in diesem einsamen Werk, als einziger geschäftlicher und technischer Leiter, jährlich einmal zwei Wochen Ferien, die er in der Stadt verbringt und die ihm nur zeigen, daß er die Stadt und ihn die Stadt nichts mehr angeht; da wird der Genuß zum Inhalt, da rückt das in den Mittelpunkt, das Trinken und die Frauen.

Davon erzählt er nun, besonders vom zweiten; sein Gesicht ist rot vom Wein, seine dick gewordenen Lippen triefen etwas, sein Nacken wirft Wellen. „Am Anfang war das trostlos hier mit den Weibern“, berichtet er. „Keine zu kriegen! Koch die alte Hirten- und Bauernmoral, verstehen Sie? Aber dann kamen die Mädchen an die Maschinen, da trugen sie zunächst mal andere Kleider, leichtere. . . da wurden nach den zehn Stunden an der Maschine die lauen Abende wichtiger, die Liebe vor allem wurde wichtiger, die Mädels vernünftiger. Wozu auch alles so schwer nehmen, das Leben ist

schwer genug, verdiene ich Lohn, verdiene ich auch Liebe — haben ja recht, die Käfer!“

Er trinkt, er schwagt. „Sehen Sie, da haben wir zum Beispiel jetzt eine Arbeiterin, erst vor ein paar Monaten hier hängen geblieben, als ihre Familie mit ihrer Schafherde durchzog — wissen ja, im Winter begeben sich alle diese Nomadenfamilien an ihren Stammsitz irgendwo im südlichen Balkan. Na, sie hatte ein uneheliches Kind, da haben sie die Alten wohl getriezt, wissen ja, wie diese alten Leute so sind. . . da ist ihr's wohl zuviel geworden, und sie hat um Arbeit angefragt, habe sie natürlich sofort eingestellt.“

Ich werde traurig: denke an meine Hirtenzeit, an Hassan Chardans Tod und an Anjas Heidentum, könnte auch Anjas Schicksal sein, so was, wenn ihr Vater nicht so gutartig wäre. . . mein Gott, diese Tage damals voll Sonne, Schafdaun und Bergwind und Gerächel und Selbstverständlichkeit, und so ein Naturkind soll dann hinunter ins stidige Tal, in die staubgrauen Maschinenräume. . . .

„Ladelloser Kerl, die Frau. Arbeitet gewissenhaft, pflegt ihr Kind, daß es eine Art hat, und weiß doch zu lieben! Kommt übrigens heute abend zu mir, Sie werden sie ja sehen. . . hübscher Kerl, werden Sie auch sagen. . . na, ich bin ja auch nett zu ihr, schenke ihr reichlich, saja. . .“ Er summt vor sich hin.

Mich packt die Scham. Darum widerspreche ich ihm nicht, aber ich darf ja nicht, draußen wartet der Winter, vor dem nur er mich schützt, ich bin ja abhängig von ihm. Das ist das Furchtbarste am Vagabundentum, dies Mit-den-Wölfen-heulen-müssen, dies Abhängigsein vom Gastgeber, wer dieser Gastgeber auch sein mag, das ist das Sklaventum, mit dem die Freiheit erkaufte wird, und das verdirbt auf die Dauer den Charakter. Ich weiß es wohl, und ich kann es nicht ändern, ich bin auch schon ein gewissenloser Lump.

Es klopft stark an die Tür. Eine Frau tritt ein, derb, hoch, in städtischem Mantel, unter dem ein grellroter Jumper leuchtet. Der Ingenieur springt auf, gibt ihr einen schallenden Kuß, ich wende mich ab. Die Frau sieht mich, macht sich los, schredt zurück, ich werde aufmerksam, sehe ihr ins Gesicht — erschrecke auch — wie konnte ich das nur nicht gleich sehen, der Mantel, der Jumper waren wohl schuld daran, aber jetzt weiß ich:

Anja. . . !

(Fortsetzung folgt.)

Banfröterklärung der Unternehmer

Der Gummistempel als Wirtschaftsführer / Von Fritz Tarnow, M. d. R.

Der Reichsverband der deutschen Industrie erhebt Anspruch darauf, als die Vereinigung der deutschen Wirtschaftsführer anerkannt zu werden. Noblesse oblige: Sofern es eine zentrale Verantwortlichkeit für das Gelingen in der privatkapitalistischen Volkswirtschaft gibt, liegt sie beim Reichsverband. Was tut er angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage? Welche Anstrengungen unternimmt er, um die Wirtschaft aus ihrer Erstarrung zu reihen, um die eingekrüppelte Versorgungsbasis des deutschen Volkes wieder zu erweitern? Was schlägt er vor, um dem drohenden Unheil zu begegnen, daß im kommenden Winter die Sechsmillionenarmee der Arbeitslosen weiteren Millionenzuwachs bekommt?

Nun, der Reichsverband der Industrie war am Mittwoch zu einer Tagung versammelt, um „Stellung zu nehmen“.

Zwar war es weniger das Bedürfnis nach eigener Initiative, was ihn aus dem Sommerurlaub aufgeschreckt hat, als vielmehr die verkäufliche Absicht der Reichsregierung, nun endlich Arbeitsbeschaffungspläne ins Werk zu setzen. Angesichts der völligen Rat- und Hilflosigkeit der privaten Wirtschaftsführer gegenüber dem Toben der ökonomischen Kreise müßte man erwarten, daß die Unternehmer mit Freuden die Initiative des Staates begrüßen. Gewiß, sie sind auch durchaus nicht abgeneigt, neben geldlichen Subventionen öffentliche Aufträge entgegenzunehmen, sogar „in einem erheblich erweiterten Umfang als bisher vorgesehen“. Aber es bleibt doch ein schmerzlicher Stachel zurück, daß der Staat sich anmaßt, die gänzlich fehlende Unternehmerinitiative ersetzen zu können. Freilich verkündet der Reichsverband den „Standpunkt, daß auf dem Wege einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine konjunkturfördernde Beeinflussung nicht erreicht werden kann“.

Es würde sich verlohnen, an diesem Tage den Grad der volkswirtschaftlichen Erkenntnisse bei unseren obersten Wirtschaftsführern nachzuprüfen. Man weiß, daß im kapitalistischen System die Krisen nicht anders überwunden werden können als durch eine Neubelebung der Investitionstätigkeit. Einer der maßgebenden Verantwortlichen im Reichsverband der deutschen Industrie, der Generaldirektor Dr. Rüttgen, hat kürzlich im Reichswirtschaftsrat mit Recht darauf hingewiesen, daß nach der großen Überinvestition während der letzten Konjunktur auf Jahre hinaus ein Neubedarf an privatwirtschaftlich möglichen Investitionen im nennenswerten Umfang nicht besteht. Auch vom privatkapitalistischen Standpunkt aus sind darum in der gegenwärtigen Situation öffentliche Investitionen wahrscheinlich das einzige, sicher das wirksamste Mittel, um den toten Punkt überhaupt überwinden zu können.

Indessen der angezogene Satz in der offiziellen Verkaufsbearbeitung des Reichsverbandes ist nur die Einseitigkeit für den Appell an die Regierung, nur ja nicht nachzulassen mit Maßnahmen, die allein „konjunkturfördernd“ seien. Man sollte meinen, daß der fürchterliche Niedergang der Wirtschaft, der durch die planmäßige Zerstörung der Wirtschaftskraft immer weiter getrieben wurde, auch der Unternehmerführung Anlaß geben müßte, endlich einmal über neue konstruktive Möglichkeiten für die Wiederbelebung der Wirtschaft nachzudenken. Das ist vergebliches Hoffen.

Man hat seinen allen bewährten Gummistempel als Gedankenerschlag: „Beseitigung der innerwirtschaftlichen Hemmungen, die die freie Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen“ und „Senkung der Produktionskosten, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können“.

Daß nun schon seit vielen Monaten unentwegt „gesenkt“ worden ist, daß die Wirksamkeit dieses Rezeptes nun genügend praktisch erprobt, daß das deutsche Volk damit bis an den Rand des Grabes „kurziert“ worden ist, daß die Wirtschaft um so mehr verzweifelt, je mehr die „Produktionskostensenkung“ Fortschritte gemacht hat, alle diese Erfahrungstatsachen können Menschen nachdenklich machen, aber — sie haben keine Wirkung auf Gummistempel!

Zu der Zeit, als die deutschen Unternehmer Milliarden in sinnlosen Fehlinvestitionen verpulverten, haben sie jeden Tag gefahren, Deutschland würde untergehen, wenn nicht — mehr Kapital gebildet würde. Als die Absatze der Konjunktur ein Ende machte, haben sie noch lauter gefahren, das Lohnniveau müsse radikal gesenkt werden, weil sie das für das einzige Mittel hielten,

Verbrauch und Absatz wieder zu haben. Als unerklärlicher Weise der Absatz trotz Lohnsenkungen immer weiter zurückging, haben sie sich mit verstärkter Wucht gegen die Tarifverträge geworfen, um jede Grenze für ein hemmungsloses Abgleiten der Löhne zu beseitigen!

Die wohlwollende Hilfe des Staates und der Druck der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit haben es den Unternehmern ermöglicht, ihre Absichten durchzusetzen. Die Mehrzahl der noch beschäftigten Arbeiter — von den Arbeitslosen ganz zu schweigen — hat heute ein Einkommen, das gerade noch notwendig für Wohnung und Ernährung ausreicht. Weber ein Hemd noch Stiefel können sie sich kaufen. Die Betriebe, in denen Konsumgüter hergestellt werden, sind verödet. Die Fabriken, in denen Produktionsmittel gefertigt werden, sind geschlossen. In der Eisenerzeugung, bei der Kohlenförderung, im Handel, bei der Verkehrswirtschaft — überall ruht der Fleißige, weil der Umlauf fehlt. Die kleinen Gewerbetreibenden und Händler, die so inbrünstig das hohe

Bied des Lohnabbaues mitgefungen haben, verfügen heute über genügend Zeit, darüber nachzudenken, daß ihr soziales Gewicht untrennbar mit dem der Arbeiterschaft verbunden ist, wie auch die Not der Landwirtschaft mit dem Hungerriemen der Arbeiterklasse aufs engste zusammenhängt. Und der Reichsverband der deutschen Industrie greift zu seinem Gummistempel:

Senkung der Produktionskosten, d. h. weitere Senkung der Löhne! Befreiung von den innerwirtschaftlichen Hemmungen, d. h. weiterer Abbau der noch übrig gebliebenen tarifvertraglichen Bindungen! Neben einem ärgerlichen Fußtritt gegen die Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung ist das alles, was die Herren und nach ihrer Meinung allein berechtigten Führer der Wirtschaft dem verzweifelten Volke zu bieten haben!

Wenn im Reichsverband der deutschen Industrie noch ein kleiner Rest von Fähigkeit der Selbsterkenntnis vorhanden ist, müßte dort begriffen werden, daß die „tiefe antikapitalistische Sehnsucht“, die durch das deutsche Volk geht, nicht ausschließlich aus den sozialen Räten stammt. Sie ist wesentlich mit verursacht durch die Entgötterung der sogenannten Wirtschaftsführer, bei denen das Verhältnis zwischen Ansprüchen und Leistungen zu groß geworden ist, als daß nicht im Volksbewußtsein die Frage akut werden müßte, ob die Wirtschaft noch länger einer solchen Führung anvertraut bleiben darf.

Die Zinsbelastung der Wirtschaft.

Hausbesitz und Landwirtschaft am stärksten entlastet.

Wenn die von offiziellen Untersuchungen unter allen Umständen zu verlangende Zuverlässigkeit in diesem Maße gewährleistet ist, dann muß man dem Institut für Konjunkturforschung für eine Untersuchung dankbar sein, die die Kapitalverschuldung der ganzen deutschen Volkswirtschaft und die auf der Gesamtwirtschaft liegenden Zinslasten zum Gegenstande hat und die jetzt veröffentlicht worden ist.

Die gesamte Zinslast der öffentlichen und privaten Wirtschaft für Lang- und Kurztrefite betrug für Mitte 1932 auf jährlich 6,2 Milliarden Mark geschätzt.

Dieser Zinslast von 6,2 Milliarden entspricht eine Verschuldung von etwas über 90 Milliarden Mark, von denen 60 Milliarden langfristige und etwa 30 Milliarden kurzfristige Kredite sind. Im Jahre 1931 betrug die gesamte Zinslast noch 7,6 Milliarden Mark. Es ist bis Mitte 1932 insgesamt eine Entlastung um 1,4 Milliarden Mark eingetreten. Diese Entlastung ist in der Hauptsache auf die Zinsentlastung für langfristige inländische Kredite durch die Dezembernotverordnung ab 1. Januar zurückzuführen.

Die Gesamtzinslast von 6,2 Milliarden gliedert sich in 3,5 Milliarden (1931 noch 4,8) für die Verzinsung der langfristigen Kredite und 2,7 Milliarden (im Jahre 1931 noch 2,8) für die Verzinsung der kurzfristigen Kredite. Fast ein Fünftel, rund 1,2 Milliarden, kommen etwa je zur Hälfte auf die Verzinsung von lang- und kurzfristigen Auslandskrediten.

Während die Zinslast aus inländischer Verschuldung so beträchtlich gesenkt wurde, ist die Zinslast aus den Auslandsschulden nahezu unverändert. Die langfristige Auslandverschuldung lautet überwiegend auf Zinssätze bis zu 6 Proz. Die Nominalzinsen der Auslandsanleihen sind zum größten Teil höher als 6 Proz.; sie betragen bei fast 30 Proz. sogar mehr als 7 Proz. Der durchschnittliche Effektivzins für alle seit der Währungsstabilisierung aufgenommenen Auslandsanleihen beträgt für den Anleihe Schuldner (dabei ist der oft unter Pari liegende Auslandskurs berücksichtigt) 9,05 Proz. Weithin liegen die Verhältnisse bei den kurzfristigen im Ausland aufgenommenen Schulden.

An der Gesamtverschuldung sind kurzfristige Kredite mit 33 Proz., dieselben Kurztrefite sind an der Zinslast aber mit 44 Proz. beteiligt.

Besonders wichtig und interessant sind die Feststellungen über die Verteilung von

Verschuldung und Zinslast auf die einzelnen Wirtschaftszweige.

Die Verschuldung der Landwirtschaft betrug 1930 11,63, 1931 aber 11,77 Milliarden Mark. Für Mitte 1932 hatte sich die Zinslast der Landwirtschaft aber gegenüber dem Vorjahr von

1,01 auf 0,85 Milliarden Mark verringert, also um 160 Millionen Mark! Beim Hausbesitz hatte sich 1931 gegenüber dem Vorjahr die Gesamtverschuldung von 26,05 auf 27,95 Milliarden erhöht. Die gesamte Zinslast betrug aber Mitte 1932 nur 1,51 gegen 1,83 Milliarden Mark im Jahre vorher, also 320 Millionen Mark weniger!

Auf Reich, Länder, Provinzen und Gemeinden kam 1931 eine Kapitalverschuldung von 22,22 gegen 22,13 Milliarden im Jahre vorher. Die Zinslast war Mitte 1932 mit 1,43 Milliarden gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Auf öffentliche Unternehmungen und Zweckverbände kam 1931 eine Verschuldung von 8,30 Milliarden gegen 4,49 Milliarden im Vorjahr. Ihr entspricht zu dem angegebenen Zeitpunkt eine vergleichsweise unveränderte Zinslast von 0,34 Milliarden.

Die eigentliche Privatwirtschaft, Handel, Verkehr, Handwerk, Industrie usw., zeigte 1931 eine Kapitalverschuldung von 26,36 gegenüber 30,30 Milliarden im Jahre vorher. Es sind also rund

4 Milliarden Mark von der Privatwirtschaft in diesem einen Jahr getilgt

worden. Ein guter Beweis für die Unwahrhaftigkeit der Behauptung, die Privatwirtschaft sei unrentabel; z. T. freilich auch eine Folge der Schuldentilgung aus durch die Krise freigelegten Kapitalen. Dieser außerordentlich beachtlichen Senkung der Kapitalverschuldung in der Privatwirtschaft steht auch eine sehr starke Entlastung der Zinslast zu Mitte 1932 von 3,00 auf 2,10 Milliarden Mark, also um 900 Millionen Mark, zur Seite.

Wichtig ist auch die verschiedenen durchschnittliche Zinsbelastung der einzelnen Gewerbegebiete. Für die Landwirtschaft ist eine durchschnittliche Jahresverzinsung der festgestellten Kapitalverschuldung von 7,2 Proz. ermittelt, für den Hausbesitz (abgesehen von der Hypothekenschulden) von nur 5,4 Proz., bei Reich, Staat, Provinzen und Gemeinden von 5,9 Proz., bei öffentlichen Unternehmungen von 6,6 Proz., bei Handel, Verkehr, Handwerk und Industrie, also in der eigentlichen Privatwirtschaft von 8,0 Proz. So interessant diese Ziffern sind, so sind sie doch in der ganzen Aufstellung die am wenigsten wertvollen. Das Bild würde sich nämlich von Grund auf ändern, wenn die Tatsache berücksichtigt werden würde, daß die Privatwirtschaft überwiegend kurzfristig und deshalb teuer, die Landwirtschaft, je nach Groß- und bäuerlichen Betrieben ganz verschieden kurz- und langfristig, die öffentlichen Unternehmungen überwiegend langfristig und der Hausbesitz fast ausschließlich langfristig verschuldet sind.

Sparen aber - gut essen! Also

KARSTADT

Lebensmittel

U. BAHNHOF HERMANNPLATZ DER KARSTADT BAHNHOF

Bestellungen über 5 Mark unter F. B. Baerwald 0012 werden prompt erledigt

BUTTER, FETTE, EIER	WURSTWAREN	FRISCH-FLEISCH	GEFLÜGEL UND WILD	FISCHE, RAUCHERW.
Guttbutter Pfd. 1,06	Konsum-Sülze Pfd. 0,28	Suppenfleisch an Pfd. 0,48	Walgahühner an Pfd. 0,55	Schellfisch Pfd. 0,14
Molkereibutter Pfd. 1,20	Sülzwurst Pfd. 0,70	Gehacktes Pfd. 0,48	Frische Hühner an Pfd. 0,70	Kabellau, Seelachs o. K. I. G. Pfd. 0,12
Tafelbutter Pfd. 1,28	Fleischwurst Pfd. 0,72	Goulosh Pfd. 0,68	Brathühner an Pfd. 0,88	Robbars o. K. Pfd. 0,14
Markenbutter Pfd. 1,32	Landleberw., Hausm. Pfd. 0,85	Hammel-Vorderf. Pfd. 0,88	Frische Enten an Pfd. 0,88	Kabellaufilet an Pfd. 0,18
Teabutter o. Salz Pfd. 1,40	Dampfwurst Pfd. 0,72	Hammelkeule Pfd. 0,78	Rebhühner Stck. 1,35	Grüne Heringe 3 Pfd. 0,35
Fst. Bratenschmalz Pfd. 0,46	Feine Leberwurst Pfd. 1,08	Rückenfett braunfärbig Pfd. 0,84	Hirschkeule an Pfd. 0,92	Leb. Schleie an Pfd. 0,88
Fst. Bratenschm. m. Gräb. Pfd. 0,50	Bln. Mettwurst Pfd. 0,93	Schweine-Kotelett Pfd. 0,88	Hirschrücken an Pfd. 0,78	Fettbücklinge Pfd. 0,20
Flomenschmalz Pfd. 0,52	Thür. Knackwurst Pfd. 1,18	Schw.-Schinken o. S. Pfd. 0,78	Hirschblatt an Pfd. 0,84	Räucherheringe Stck. 0,12
Margarine, Cocofett 3 Pfd. Pfd. 0,88	Große Holsteiner Pfd. 1,28	Schweine-Kamm Pfd. 0,84	Wildschweinkeule an Pfd. 0,80	Schellfisch geräuchert Pfd. 0,30
Knäckebröt. 9, 10, 0, 20	Speck Pfd. 1,24	Kaßler mild an Pfd. 0,84	Wildschweinerücken Pfd. 0,88	Oelsardinen 5 Ds. 0,85
Frische bulg. Eier 10 Stück Pfd. 0,68	Speck mager Pfd. 0,88, fett Pfd. 0,78	Kaßler an Pfd. 0,84	Rehkeule an Pfd. 1,18	Räucheraal 1/2 Pfd. 0,88
Fr. rum. Eier 10 Stück 0,59	Knoblauch-Wurst, fein Pfd. 0,78	Kalbsrolade 0,78	Wild-Ragout 0,28	Lebende Aale 0,75
KOLONIALWAREN	KONSERV., MARMEL.	OBST UND GEMÜSE	WEINE, SPIRITUOS.	DIVERSE KÄSE
Bruchreis Pfd. 0,11	Spinat 1/2 Ds. 0,42	Strudel-Äpfel Pfd. 0,15	Bowlenwein 10 Ltr. 8,80, Ltr. 0,80	Horzer Pak. ca. 1 Pfd. 0,25
Burma-Reis Pfd. 0,13	Jg. Bred.-u. Schnittbohnen 1/2 Ds. 0,42	Muskateller Birnen 2 Pfd. 0,25	Laubenheim. 10 Ltr. 8,30, Ltr. 0,83	Camembert vollf. 2 Schab. 0,35
Weizenmehl an Pfd. 0,22	Jg. Erbs. 1/2 Ds. 1,18, 0,88, 0,74, 0,58 0,48	Pfirsiche an Pfd. 0,22	Niersteiner. 10 Ltr. 8,30, Ltr. 0,83	Briekäse, vollf. Pfd. 0,58
Haferflocken Pfd. 0,22	Gem. Gem. 1/2 Ds. 1,46, 1,36, 0,95, 0,58	Pflaumen 2 Pfd. 0,35	Johannisb. o. Cyder 10 L. 8,90, L. 0,89	Steinbuscher vollfett Pfd. 0,86
Hartweizengries Pfd. 0,24	Brechsparg. kz. Abschn. 1/2 Ds. 0,85	Preißelbeeren 2 Pfd. 0,35	Tarragona o. Werm. 10 L. 8,80, L. 1,00	Edamer o. Holländer vollf. Pfd. 0,86
Viktoria-Erbsen 2 Pfd. 0,29	Pflaumen mit Stein. 1/2 Ds. 0,50	Zitronen 10 Stück 0,68	Samos, Malaga 10 Ltr. 16,80, Ltr. 1,10	Allg. Limburger vollf. Pfd. 0,72
Linsen Pfd. 0,15	Preißelbeeren 1/2 Ds. 0,50	Rot., Weiß., Winkingohl 3 Pfd. 0,10	Laubenheimer m. Fl. 0,88	Romadur 20% Stck. 0,22
Hartgries-Makkaroni Pfd. 0,34	Stachelbeer. gegrünt 1/2 Ds. 0,68	Möhren 4 Pfd. 0,15	St. Mariner Berg m. Fl. 0,80	Tilsiter o. Rinde 20% Pfd. 0,38
Eier-Nudeln Pfd. 0,35	Pflaumenm. ca. 2 Pfd. - Elm. 1,00	Tomaten Pfd. 0,10	Kesten, Herrenberg m. Fl. 0,85	Allert. Butterkäse 50% 1/2 Pfd. 0,30
Kartoffelmehl Pfd. 0,18	Apfel-Marm. ca. 2 Pfd. Elm. 0,88	Rosenkohl Pfd. 0,20	Guntersl. Steinberg m. Fl. 1,00	Faustkäse 5 Stück 0,20
Rote Grütze Pfd. 0,60	Aprikos.-Konfr. ca. 2 Pfd. - Elm. 1,00	Zwiebeln Pfd. 0,05	26er Haut Sauternes 5 Fl. 8,25, Fl. 1,75	Sahnenschnittkäse Pk. ca. 1 Pfd. 0,45
Van.-Puddingpulver Pfd. 0,38	Apfel-Gelee Glas 0,50	Grüne Bohnen 3 Pfd. 0,20	Weinbr. Spezial Ltr. m. Fl. 4,20	Emmenthaler o. Rd. Schit. 0,50
Puddingp. I. Pak. 3 Pak. 0,20	Kunsthonig Paket 0,30	Kartoffeln 10 Pfd. 0,28	Obstschaumwein z. Bowle Fl. 1,25 0,98	Gehimnatskäse vollf. St. c. 1 Pfd. 0,98
Gebr. Gerste 0,20	Stang.-Spargel 1,20	Blumenkohl 0,10	Himbeersaft 1,30	Bayr. Schweizer 0,95
Pfd. an Pfd.	50, 60 gr. 1/2 Ds.	an Kopf.	oder Orangade, Liter	vollfett. an Pfund

Bestellungen für Sonnabend müssen bis Freitag in unserem Besitz sein!

nur noch Freitag und Sonnabend

Saison-Schluss-Verkauf

Nützen Sie die Gelegenheit restlos aus!

Beginn: 1. August

In den Dachhallen spielen die Kapellen
Ilya Livschakoff • Paul Godwin

Lucifer: Das kleine Mädchen und der schwarze Drache

In China gibt es, wie in Japan, Geheimverbände. Sie stehen alle unter dem Zeichen des „Drachen“, dem Symbol Chinas. Es gibt da den „Gelben Drachen“, den „Drachen der Göttin Ma“ u. a. m. Ihre Aufgabe besteht weniger darin, einem Gegenwarts- oder Zukunftsziel Blutopfer zu bringen, als alte Schulden, die am Volke begangen wurden, zu rächen. Die chinesische Rachsucht ist bekannt, und es gibt eine Menge Verbrechen, die die Geheimbündler nicht ungeführt lassen. Eine Blutschuld kann oft Jahrzehnte zurückdatieren, der Träger einer solchen Schuld nicht mehr unter den Lebenden weilen — steht der Foll auf der schwarzen Liste der Rächer, so bleibt er nicht ungestraft. Gewiß hat das moderne, aufgeklärte China mit solchen Rachehelden nichts mehr gemein. Aber in diesem Volke, das so stark in seiner vieltausendjährigen Tradition wurzelt, lebt noch immer eine Schicht wilder Fanatiker, für die die Vergangenheit unverändert weiterlebt.

Mit der Niederwerfung des Bogeraufstandes durch die vereinigten sieben Weltmächte haben sich die Rassengegensätze in China verschärft. Besiegt von der Uebermacht der Zivilisationsmächte, von deren überlegener Gewalt unter Druck gestellt, unfähig zur Auflehnung, flüchteten sich die Besiegten in dunkelste Geheimbündelei. Der Kampf gegen den einzelnen begann. Diese unterirdisch geführten Kämpfe wurden Stoff für Schauerromane. Aber die Romane waren wahrer, als man es für möglich halten sollte. Es ist noch gar nicht so lange her, daß sich wieder einmal das dramatische Schlußkapitel eines solchen Romanes ereignete. Die Geschichte trug sich in einer europäischen Hauptstadt zu. Sie verdient deshalb hier wiedergegeben zu werden, weil sie den modernen, gegenwärtigen Menschen in Konflikt mit seiner Vergangenheit zeigt.

Ein chinesisches Mädchen studiert auf einer europäischen Universität Medizin. Sie ist nicht nur für den Geschmack ihrer Rasse hübsch, vor allem aber von einem bezaubernden Wesen, dem ein junger englischer Student nicht widerstehen kann. Er findet Gegenliebe. Beide, modern denkende junge Menschen, ziehen zusammen, leben in einer Art Kameradschafts- und bestreiten den Unterhalt von dem Monatswechsel ihrer Angehörigen. Das heißt, der Junge wird von seiner in England lebenden Mutter unterstützt, während das Mädchen von einem in China weilenden Vormund regelmäßig Zuschüsse erhält. Ihren Landsleuten, die auch ihre Kollegen sind, bleibt das Verhältnis mit dem jungen Engländer nicht verborgen, aber sie unternehmen nichts, es zu stören. Es sind alles junge fortschrittlich gesinnte Menschen, denen jeder Rassengegensatz fremd ist. Im Gegenteil, sie bemühen sich um die Freundschaft ihres englischen Kollegen und wachen mit rührender Anhänglichkeit über das Paar.

Eines Tages wird dem Mädchen die Nachricht überbracht, daß ihr Vormund angekommen sei und sie zu sprechen wünsche. Die kleine Chinesin ist über den plötzlichen Besuch wenig erfreut, bangt sie doch ein wenig vor dem Vormund, den sie als alten traditionsgebundenen Menschen kennt. Die Verbindung mit dem jungen Engländer würde er bestimmt mißbilligen, wenn nicht gar mit allen Mitteln zu zerbrechen versuchen. Ohne ihrem Freunde Mitteilung zu machen, sucht sie den Vormund auf. Gleich das erste Zusammentreffen erfüllt sie mit Angst. Bismohl sie noch gar nicht lange in Europa weilt, hat sie sich sehr rasch den europäischen Lebensgewohnheiten angeeignet und, da sie sich nur mit gleichgesinnten Landsleuten zusammenschloß, sich den heimatischen Sitten und Gebräuchen entfremdet. Sie ist daher ihrem Vormund gegenüber unsicher, der sie umständlich mit allem landsüblichen Zeremoniell begrüßt. Sie denkt dabei unentwegt an ihren Freund und ist heilsfro, als sie der alte Herr verabschiedet und ihren Besuch für einen der nächsten Tage erbittet.

Der zweiten Zusammentritt tritt sie unbefangener entgegen — aber noch immer weiß sie nicht, weshalb der Alte nach Europa kam. Da fällt sich plötzlich das Zimmer mit merkwürdigen Gestalten — die kleine chinesische Studentin ahnt nichts Gutes und möchte fliehen. Aber sie sieht ein, daß jede Flucht zwecklos ist und wartet ab. Der Vormund spricht mit ihr: langsam, gütig, als wolle er einem Kinde eine Geschichte erzählen. Und es ist auch eine sehr lange, merkwürdige Geschichte. Zum ersten Male erzählt das Mädchen, daß ihre Eltern nicht, wie man ihr immer sagte, eines natürlichen Todes gestorben seien, sondern daß sie während des Bogeraufstandes von einem englischen Offizier erschossen wurden. Ihr Vater war der angesehenste und verehrungswürdigste Daoin des Landes, so daß sein Tod alle die, die ihn liebten, empörte. Als der Daoin sterbend von seinen Freunden gefunden wurde, bat er sie in seiner letzten Minute, seinen und seiner Frauen Tod zu rächen. Nicht deshalb, weil er und seine Lieben sterben müßten, sondern weil sein Kind Heim und Familie verlöre.

Vor der chinesischen Studentin tut sich eine Welt von Blut und Greuel auf, die sie um so weniger verstehen kann, als der Mann, den sie liebt, auch Weißer, Engländer ist wie der Mörder ihrer Eltern. Von dem tragischen Schicksal ihrer Eltern tief erschüttert, erinnert sie sich, daß hier in Europa der Krieg Millionen Kindern die Väter geraubt und daß an dem Kriege alle schuldig sind und nicht ein einzelner, und daß es keine bessere Sühne gibt, als den Krieg selbst zu bekämpfen. Das legt sie dem grauhaarigen Vormund und den übrigen Anwesenden auseinander. Aber die Männer zeigten dafür wenig Verständnis. Der Vormund hat einen Auftrag des ermordeten Daoin, und dieser Auftrag steht ihm höher als eine fremde Theorie von Pazifismus.

Was will er von dem Mädchen? Was wollen diese Männer da, die sie wie Scharfrichter bewachen? Sie zur Mörderin machen! Jamohl! Und wen soll sie töten? Den englischen Offizier. Welchen? Es gibt tausende. Der Vormund ist ein guter Organisator der Rache. — Er weiß, wie der Offizier heißt, er weiß auch, daß er tot ist — also an wen soll sie Rache nehmen? An seinem Sohn! Der Mann, den das Mädchen ermorden soll, ist eine Fiktion des

Racheklubs. Der Klub weiß gar nicht, ob der englische Offizier einen Sohn hat. Aber es muß nun einmal nach dem Sittengesetz ein Sühneobjekt gefunden werden. Was liegt näher, als an den Geliebten des Mädchens zu denken? An ihm soll das Verbrechen geführt werden.

Der Studentin schwindet der Boden unter den Füßen. Was tun? Sie weiß, daß das Leben ihres Geliebten verwirrt ist, auch wenn sie ihn nicht selbst tötet. Da kommt ihr ein Einfall. Sie verabredet sich mit dem Vormund und seinen Getreuen für den nächsten Tag. Gemeinsam gehen sie zum Grabmal des unbekanntes Soldaten. Hier sagt die kleine chinesische Studentin folgendes, ganz schlicht und unpathetisch:

„Wenn alle Kinder, deren Väter im Krieg gemordet wurden, dasselbe tun müßten, wie ihr es von mir verlangt — was gäbe es? Wieder Krieg! Wieder müßten sich Menschen gegenüberstehen, die sich zuvor nie gekannt haben und sich gegenseitig morden, in der

Annahme, der andere sei durch den Umstand, daß er einer anderen Nation oder Rasse angehöre, sein persönlicher Feind und Sohn des Mörders seines Vaters. Gut, mein Vater hat euch ein Versprechen abgenommen, und ihr legt alle Ehre darein, das Versprechen zu halten. Vielleicht ist euch diese Bindung sogar eine Last — denn sonst würdet ihr selber die Rächer spielen und nicht mich zum Bollstrecker ausersehen. Könntet ihr aber den Unbekannten, der da für alle begraben liegt, fragen, ob er bereit ist, seinen Sohn oder seine Tochter als Mörder gegen den Sohn oder die Tochter dessen zu bestimmen, der ihn im Kriege getötet hat, ich glaube, er würde euch keine andere Antwort geben als ich. Ihr werdet mir jetzt entgegenhalten, daß meine Weisheit die der „fremden Teufel“ ist. Es ist so! Aber sie sind euch in diesem Punkt weit voraus. Denn Schaden macht klug. Ihr aber solltet früher klug werden, damit ihr nicht erst Schaden nehmt. Denkt daran, was sich jetzt in unserer Heimat zuträgt! Sagt, müsst ihr nicht alle den Frieden? Gemiß wünscht ihr ihn, weil ihr in diesem Kriege die Verteidiger seid. Deshalb stellt nicht Leuten nach, die den Frieden so lieben wie ich und mein Freund, den ihr töten wollt.“

Tage darauf war der Vormund aus der Stadt verschwunden, und die Tragödie nahm einen harmlosen Ausgang: die kleine Chinesin und ihr weißer Freund ziehen im Schlußgarnen und wünschen nichts sehnlicher, als gemeinsam Arbeit zu finden, um ein gemeinsames Leben führen zu können.

Dr. S. Weinberg: Neue Goethe-Literatur

H. H. Houben, der heroorragende Kenner der Geschichte der Zensur, hat unter dem Titel „Der polizeiwidrige Goethe“ ein wirklich wertvolles und interessantes Buch veröffentlicht. (G. Grote Verlag, Berlin, 200 Seiten mit Textabbildungen und acht Kunstdrucktafeln, gebunden 3,80 Mark.) Heute wird Goethe in allen Schulen gelesen, bei jeder Gelegenheit wird er von hohen und höchsten Stellen gefeiert; wie aber war es damals, als Goethe lebte? Seine Werke wurden von der Zensurbehörde verfolgt, verboten und konfisziert. Aus den Zensurakten teilt Houben wahrhaft erschütternde Einzelheiten mit. Viele Gedichte Goethes werden als „Schmutz und Schand“ bezeichnet; Sachsens verbietet den „Werther“ und stellt den Verkauf des gefährlichen Buches unter zehn Thaler Strafe. Im Hinblick auf Vorgänge der unmittelbaren Gegenwart ist es sehr interessant zu beobachten, wie sich auch damals die Denunzianten breit machten. Da appelliert ein Rezensent des „Werther“ an die Polizeibehörden: „Welcher Jüngling kann eine solche verfluchungswürdige Schrift lesen, ohne ein Pestgeschwür davon in seiner Seele zurück zu behalten, welches gewiß zu seiner Zeit ausbrechen wird. Und keine Zensur hindert den Druck solcher Lockspeisen des Satans?“

Den Vogel schießt der Hamburger Hauptpastor Goeze ab, der auch aus Lessings Lebenskämpfen bekannt und berüchtigt ist. Er befaßt sich mit den lobenden Kritiken, die der „Werther“ gefunden hat und schreibt dann: „O Gott, ermede doch diejenigen, die es in Händen haben, den Zeitungsrecensenten genauer auf die Finger zu legen, um einer so vielen tausenden Seelen so verderblichen Verwegenheit, in Anpreisung göttlicher Schriften, kräftig zu steuern.“

Im Wiener Katalog verbotener Bücher aus dem Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts stehen viele Schriften Goethes neben zahlreichen Werken anderer Klassiker. Der Zensur mißfiel bald die religiöse Einstellung Goethes, bald seine politische Auffassung; vor allem aber machte man ihm Unstillschkeit und Untergrabung des Familienlebens zum Vorwurf — heute würde man vom „Kulturbolshewismus“ Goethes reden. Viele Dramen Goethes konnten auf den maßgebenden Bühnen entweder gar nicht aufgeführt werden oder in einer kassierten und „verbesserten“ Fassung.

So konnte sich ein Heer von Bearbeitern über die Werke Goethes hermachen. 1800 erschien auf einem Wiener Theater „Goeth von Verhörungen“ in einer „gereinigten“ Fassung von Franz Gruner. Gruner hat diese Bearbeitung später als Buch herausgegeben; er versichert in der Einleitung, er habe sich ehrlich bemüht, „alles aus dem Wege zu räumen, was einer Hochbühlichen K. K. Zensur anstößig sein könnte“. Das Wort „Pöffe“ wurde durch das Wort „Klausner“ ersetzt. Im „Egmont“ durften die Bürger Brüssels kein Hoch auf die Freiheit ausbringen, sie müßten die „Freundschaft“ oder den „Froh Sinn“ hochleben lassen. Als das Leipziger Theater Hofbühne war (1829 bis 1832), ersetzte man die bedenkliche Freiheit durch „Sicherheits und Ruhe, Ordnung und reines Gewissen“ (1).

Houben gibt eine lange Liste solcher Verhörungen, die am „Faust“ verbrochen wurden. Aber auch sonst erzählt man aus dem interessanten Buche nicht unwichtige Tatsachen: So wollte der preussische König Friedrich Wilhelm III. dem unbeliebten Goethe sogar die Ehre einer Totenfeier verweigern. Houben hat dem Buche Facsimiles und zeitgenössische Karikaturen beigegeben. Heute, in der Zeit der Pressenotverordnungen und Brachischen Sittenerlasse, kann das Buch beim Nachdenken über Freiheit und Zensur erspriechliche Dienste leisten. Das Ideal der Zensur war zu allen Zeiten, daß überhaupt keine freien Meinungen geäußert werden; diesen Wunschtraum jeder „Ordnung“ hat der Polizeipräsident von Königsberg 1846 zum klaffenden Ausdruck gebracht, als er schiantweg erklärte: „Es wäre eigentlich besser gewesen, wenn Goethe seinen „Faust“ nie geschrieben hätte!“

Während Houben zeigt, wie Goethe von den amtlichen Stellen mißhandelt wurde, gibt ein anderes Buch einen Querschnitt durch die ablehnenden Kritiken, die Goethe zu seinen Lebzeiten von den verschiedensten Schriftstellern und Dichtern erfahren hat. „Der unbegabte Goethe“ nennt Leo Schidrowitz seine Sammlung von „Anti-Goethe-Kritiken aus der Goethe-Zeit“ (Zinnen-Verlag, Basel, 219 Seiten). Zu allen größeren Werken

gibt Schidrowitz Auszüge aus zeitgenössischen Kritiken: Vom „Göt“ bis zum „Faust“, II Teil, ist der Weg des Dichters begleitet von Mißverständnissen, Haß und Nebelwollen. Die Rörgler, Verfeinerer und Splitterrichter machen die Begleitmusik zu Goethes Dichtungen. Goethe wird verlästert, verhöhnt und bespottet, man spricht ihm jede Kenntnis der deutschen Sprache, jede dichterische Begabung ab und behandelt die heute gefeiertsten Werke der deutschen Literatur, als wären sie die Nachwerke eines obskuren Skribenten. Der Luimarich der Tabler ist ein ergögliches Schauspiel, aber auch ein erster Anlaß zum Nachdenken über die Relativität von Werturteilen. Das Buch von Schidrowitz ist ebenfalls mit interessanten Karikaturen aus der Goethe-Zeit geschmückt.

Aus dem Buche von Schidrowitz kann man entnehmen, daß das gewöhnlich gezeichnete Bild vom „gebüßelten, glückunmobernen“ Goethe falsch ist; der stets „harmonische“ Goethe ist ein Trugbild. Diesen Gedanken macht Walter Linden zum Ausgangspunkt seiner Schrift: „Goethe und die deutsche Gegenwart“ (Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin, 70 Seiten). Linden sucht zu zeigen, daß hinter der „olympischen Maske“ Goethes ein moderner, problematischer Mensch steht. Von hier aus begründet er, was Goethe dem modernen Menschen bedeutet.

Thomas Mann veröffentlicht die Rede „Goethe als Repräsentant des bürgerlichen Zeitalters“, die er in der preussischen Akademie der Künste am 18. März 1932 gehalten hat. (S. Fischer, Verlag, Berlin, 56 Seiten.) Mann hebt die „bürgerlichen“ Tugenden Goethes hervor, er sieht in ihm den Gipfel des bürgerlichen Zeitalters, das in unseren Tagen zu Ende geht. Interessant ist das Bekenntnis Thomas Manns, daß es unser gegenwärtiges Schicksal ist, „in Nöten und Krisen des Ueberganges den Weg in neue Welten, neue Ordnungen des Innern und Außen zu finden“.

Friedrich Gundolf, der vor kurzem verstorbene Literaturhistoriker der Universität Heidelberg, hat kurz vor seinem Tode eine Goethe-Rede niedergeschrieben, die er an der Pariser Universität halten sollte. Diese Rede des berühmten Goethe-Forschers ist jetzt im Druck erschienen (Georg Bondi, Verlag, Berlin, 30 Seiten, 1,40 Mark). Wie alle Schriften Gundolfs zeichnet sich auch diese Arbeit durch ihre vollendete Form aus. Gundolf versucht in gedrängter Kürze die Gestalt Goethes zu umreißen.

Eine schöne Festgabe zum Goethe-Jahr hat die Münchener Volkshöhne veröffentlicht: „Goethe und München“ ist die schön ausgestattete Schrift betitelt, die aus Goethes Tagebüchern, aus den Briefen Goethes und seiner Freunde alles heraushebt, was sich auf München und seine Bedeutung, vor allem als Kunststadt, bezieht. (Verlag der Münchener Volkshöhne, 105 Seiten, gebunden 2,50 Mark.) Die Geschichte und verdienstvolle Sammlung ist von Franz Rapp zusammengestellt. Dem Bande sind wertvolle Bildbeigaben eingefügt, die den Text sehr gut ergänzen.

„Goethe und Goethe-Stätten“ ist der Titel eines schönen Bildbuches, das der Verlag Drell Köhler, Zürich und Leipzig, in seiner Sammlung „Schaubücher“ herausgibt (88 Bilder, gebunden 2,40 Mark). In schönen Bildern zieht Goethes Leben an dem Beschauer vorüber. Die Sammlung wird durch eine Einleitung von Rudolf Pechel und durch knappe Erläuterungen zu den Bildern ergänzt.

Wegen ihrer Billigkeit und großen Brauchbarkeit verdienen zwei Neuererscheinungen von Reclams Universal-Bibliothek besondere Hervorhebung: „Goethes Faust erläutert“ von Th. Friedrich ist ein vollstimmlicher und doch wissenschaftlich exakter Faust-Kommentar. Das Werk hilft dem Faust-Leser über viele Schwierigkeiten hinweg. Besonders zu rühmen ist das angeschlossene „Wörterbuch“, das genügende Auskunft über Fremdwörter, historische und mythologische Tatsachen gibt. In den Schulen und besonders in den Volkshochschulen wird das kleine Buch mit großem Nutzen gebraucht werden können. Ebenfalls bei Reclam sind aus der bekannten Goethe-Darstellung Hermann Grimms die Vorlesungen über „Goethes Freundschaftsbund mit Schiller“ erschienen. Der Herausgeber, Siegmund Hirsch, würdigt in einem Nachwort das Lebenswerk Hermann Grimms. Es ist zu begrüßen, daß Grimms schöne Ausführungen über Goethe und Schiller jetzt in der Universal-Bibliothek zu haben und daher auch dem Kinderemittelten leicht zugänglich sind.



Wahl! Kauft Heilmittel in der Apotheke — Ihr seid es Eurer Gesundheit schuldig!

